

Sozialdemokrat

Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Habliczkovo nám. 32. Einzelpreis 70 Heller. Bezugsbedingungen: Bei Bestellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 16,- Kč. Telefon 6795, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag. Vierteljährlich 48,- Kč, halbjährlich 96,- Kč, ganzjährig 192,- Kč. Für Deutschösterreich monatlich 120,- SK, für Deutschland 16,- k. Postparaffasconto 57544. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Abstinenzpolitik?

Das Schiffelein der deutschbürgerlichen Politik ist auf Sand geraten und die Steuer- männer — es gibt gar unterschiedliche darunter — sind, da sie sich über Mittel, Weg und Ziel so gar nicht einig werden wollen, in peinvoller Verlegenheit, wie sie es wieder flott machen können. Gegen Ende der Frühjahrsstagung sind sie, weil Cerny wegen der Auffiger Vorfälle nicht gleich Rede stehen wollte, wieder einmal mit stolzgeschwellter Brust aus dem Verhandlungsaal abgezogen und haben seither an den Parlamentsberatungen nicht teilgenommen. Das schien ihnen ein wichtiger Schlag zu sein, aber es war nur ein Luftstich, der niemanden traf und nur ihre Unfähigkeit zum ernstlichen Kampfe zeigte. Die Ausgangstür des Parlamentssaales war spielend leicht gefunden, aber jetzt steht die Frage: was nun? Wie kommt man wieder hinein? Und da zeigt es sich, daß der Weg zurück weit schwerer zu finden ist und daß die Wanderer, die ihn gehen, bei weitem nicht von jener Gloriole des Heldentums umstrahlt sind, wie sie es glaubten, als sie ihn fürbass hinaus schritten. Die wackeren Kämpfer hatten übrigens gleich, als sie dem Räte der Jüngsten folgend, die Türe hinter sich hatten, das Gefühl des Feldherrn nach einer verlorenen Schlacht; die verantwortlichen unter ihren Zeitungen sagten es ihnen auch auf den Kopf zu, daß sie die Politik des deutschen Bürgertums wieder einmal schwer blamiert haben und daß kämpfen doch nicht bedeuten könne, sich zu entfernen. So ließen denn die deutschbürgerlichen Abgeordneten den Sessionsabschnitt sang- und klanglos vorübergehen, kein Heldentum erklang und die wenigsten unter ihnen trauten sich vor ihren Wählern erscheinen, da es so gar nichts von gewonnenen Schlachten und Ruhmes- taten zu berichten gab.

Da wie so vieles andere in diesem Staate, sich in dem Deutschen parlamentarischen Verband belittelten Parlamentsgebilde auch Wesen, Geist, Fleisch und Blut des ehemaligen Deutschen Nationalverbandes zu uns herübergerettet hat, so ist es nicht weiter erstaunlich, wenn die deutschbürgerliche Politik von Mißerfolg zu Mißerfolg taumelt. Es wäre töricht, zu leugnen, daß es im Deutschen parlamentarischen Verband politisch verständige Männer gibt. Die gab es auch im Deutschen Nationalverband, aber hier ist ihr Einfluß genau so gering, wie er es dort war. Im österreichischen Abgeordnetenhaus wurde Dr. Lecher, da er ein Feind der national-hysterischen Dummenjungenpolitik war, von seinen Verbandsgenossen berart kaltgestellt, daß er es schließlich vorzog, der persönlichen Bequemlichkeit zu leben und d'Orwert und mancher andere, die an der Oberfläche bleiben wollten, mußten mit der Woge des nationalistischen Unverständes mitschwimmen. Ist es bei uns anders? Die klügeren deutschbürgerlichen Parlamentarier müssen sich in gelegentlichen Zeitungsartikeln und Wählerversammlungen ausleben, denn im Räte des Verbandes zählt ihre Stimme nichts, es fehlt ihnen Kraft und Mut, sich und ihre Anschauungen durchzusetzen und so führen dort die Nachfolger der Hummer und Teufel, die Baeran und Kalina, Hanreich und Schöllich das große Wort. Diese Männer der großen Geste und der starken Zungenkraft sind die Väter jener verantwortungslosen Politik, die den Deutschen parlamentarischen Verband mit dem Rufe des Unernstes behaftet hat. Das sind die Urheber jener in der Fiktion des möglicher Weise zu bewerkstelligenden Zusammenbruchs des Staates entstandenen Parolen, die Nichteinrückung der Rekruten, die

Truppen gegen Albanien.

Graz, 5. Oktober. Die Grazer „Tagespost“ meldet aus Belgrad: Der Ministerrat hat gestern die Anträge des Kriegsministers und des Generalstabes betreffs der Operationen und Unternehmungen gegen Albanien beraten. Es wurde beschlossen, starke Truppenkontingente gegen Albanien zu senden und die Jahrgänge 1918 bis 1920 einzuberufen. Der Ministerrat hat auch eine Note an die Alliierten beschlossen, in der gegen die Grenzlinie, wie sie im Jahre 1913 zwischen Albanien und Serbien festgesetzt wurde, protestiert wird.

Kritische Lage.

Graz, 5. Oktober. (Tsch. P. B.) Die Grazer „Tagespost“ meldet aus Belgrad: Die Lage an der albanischen Grenze wird als höchst kritisch bezeichnet. Die Armee der albanischen Regierung rückt in großen Abteilungen gegen die jugoslawische Grenze vor. Nördlich von Dibra kam es im Laufe des gestrigen und heutigen Tages zu Kämpfen zwischen albanischen und jugoslawischen Abteilungen.

Die Konferenz in Venedig nicht gesichert.

Wien, 5. Oktober. (Tsch. P. B.) Einige Abendblätter enthalten Informationen in der Richtung, daß die Konferenz in Venedig bisher nicht gesichert ist. England und Frankreich hätten bisher ihre Zustimmung zur italienischen Intervention nicht gegeben und falls sich die Situation nicht ändere, werde die Konferenz nicht stattfinden. Auch in dem Falle, daß die Konferenz stattfindet, zeigen sich fast unüberwindliche Schwierigkeiten. Desterreich könne auf ein Kompromiß, Magyarien Oedenburg für einen Teil des Wieltschburger Komitates zu überlassen, nicht eingehen, da es diese Lösung im Parlamente nicht durchzusetzen vermöchte. Diese Nachrichten bestätigen die Information, daß die österreichische Regierung der Konferenz von Venedig nicht günstig gegenübersteht, im Gegenteil, daß sie entschlossen ist, die Konsequenzen für den Fall zu ziehen, als

Steuerverweigerung und die Nichtzahlung der Telephonanleihe betreffend, „Aktionen“, die aus der Unkenntnis der tatsächlichen Machtverhältnisse geboren, sämtlich mit schweren Blamagen enden mußten. Sie sind es auch, welche unfähig eine wirkungsvolle Politik zu machen, die Mitglieder des Deutschen parlamentarischen Verbandes nun schon zum drittenmale zum Auszug aus dem Parlamentsgebäude getrieben haben, wie wohl sie schon nach dem erstenmal die Wirkungslosigkeit und Schädlichkeit dieses Vorgehens als alltägliche Gebrauchswaffe hätten erkennen müssen. Die Abstinenz von den Parlamentsverhandlungen kann unter Umständen ein notwendiges Kampfmittel oder doch wenigstens ein letztes Verzweigungsmittel werden und wir können uns sehr wohl Verhältnisse denken, die auch unsere Partei veranlassen könnten, ihre Vertreter aus dem Parlamente abzuziehen. Gewiß, die Arbeit in diesem Parlamente, dem die Mehrheit (většina) der allesvermögende Höhe ist, ist der Kampf, den eine oppositionelle Partei zu führen hat, oft härter als in jedem anderen Parlamente und dem Flügel steinigen Bodens gleich. Aber zu glauben, daß das Davonlaufen bei jeder unpassenden Gelegenheit, da das hemmungs- und verantwortungslose Temperament und Demonstrationsbedürfnis etlicher Heißsporne es gerade angeht, an diesen Verhältnissen etwas bessern und die Mehrheit zum Einlenken bewegen könnte, dazu fehlt uns die Reife, die

Bedrohung der serbischen Grenze.

Belgrad, 5. Oktober. (Tsch. P. B.) In Verbindung mit den Grenzereignissen ist eine ernste Bewegung unter den Albanen in Serbien bemerkbar, besonders in den Gegenden Kosowo und Malesma. Die Führer der Bewegung sind katholische Geistliche. Ihre Agitation zu Gunsten der Regierung von Tirana ist dokumentarisch bewiesen. Es sind Vorkehrungen getroffen, um die an der Grenze befindlichen serbischen Truppen vor Angriffen von rückwärts zu schützen.

Die Note an die Entente.

Belgrad, 5. Oktober. (Tsch. P. B.) Die Protestnote an die Verbandsmächte, die im gestrigen Ministerrat betreffs der Grenzlinie gegen Albanien beschlossen wurde, wird wahrscheinlich heute abgehen. Sie wird von neuem die Bedeutung der bevorstehenden Entscheidung darlegen und die Erwartungen Jugoslawiens sowie die gegenwärtige schwere Situation hervorheben. Die Note wird ganz entschieden erklären, Jugoslawien werde keine ohne seine Mitarbeit getroffene Lösung anerkennen. Mit Recht werde eine günstige Wirkung dieser Note erwartet.

Italien auf der Verwirklichung des Kompromisses bestehen würde, das nur ein Vorteil für Magyarien wäre. Es ist klar, daß mit diesen äußersten Konsequenzen nichts anderes gemeint sein kann als die Demission der Regierung Schöber. Das Abendblatt der „Neuen Freien Presse“ glaubt, daß im Falle der Verwirklichung der Konferenz von Venedig die Frage der Vermittlung des Ministers Benesch wieder in den Vordergrund treten wird. Aber auch im Falle der Beilegung des westungarischen Problems wird es zu einer gewissen Rekonstruktion des Kabinetts Schöber kommen. Die Bankvorlagen werden noch in der laufenden Woche im Nationalrate erledigt werden, worauf Finanzminister Dr. Grimm, der sich verpflichtet hat, nur die Bankgesetze zu erledigen, seine Demission geben wird.

welche die eigentlichen Drahtzieher des Deutschen parlamentarischen Verbandes so unheimlich auszeichnet. Es gibt auch unter den deutschbürgerlichen Leuten, denen die jugendliche Katastrophen- und Konfusionspolitik widerstrebt, aber sie beugen sich furchtsam und demutsvoll vor dem drohend geschwungenen Knüttel der nationalistischen Schlagworte und um nicht als national weniger „verlässlich“ zu erscheinen, tun sie, wenn auch mit Unbehagen, mit.

Nun häufen sich aber die Gründe für die Rückkehr der Deutschbürgerlichen und sie wissen, schon die vor der Verhandlung stehende Frage der Kriegsanleihe allein drängt sie ins Parlament; denn daß es ihre Wähler verstehen würden, wenn die Kriegsanleihefrage in ihrer Abwesenheit ihre Lösung fände, können sie selbst nicht glauben. Also: rückwärts, rückwärts! Aber wie nur rasch? Wie glücklich wären sie, wenn ihnen ein Strohhalm zugeworfen werden würde, um ans Ufer zu gelangen! Manche von ihnen wollen eine Brücke, die sie zurückführen soll, schon in der Art der Besetzung der Posten des Handels- und des Finanzministers erblicken, aber sie fürchten, man könnte der Wahl dieses Rettungsmittels doch zu sehr die Verlegenheit nach einem geeigneteren anmerken. Der Deutsche Parlamentarische Verband spürt wieder einmal die Folgen der Tatsache, daß seinen Mitgliedern Mut und Willen fehlt, sich dagegen zu wehren, Werkzeug der nationalistischen Schreier zu sein.

Hoffnungen der Karlisten.

Was ein ungarischer Feudaler aus der Schulpaukerei.

Bewisse deutschbürgerliche Blätter, die nur mühsam ihre alte Liebe für den Monarchismus verhüllen, bringen unter großer Aufmachung Neuheiten des Prinzen Ludwig Windischgrätz, die er gegenüber einem Ausfratshler der „Wiener Allgemeinen Zeitung“ über die Hoffnungen der Karlisten machte. Das Meiste, was der Herr Prinz dabei zusammenfaßt, ist blanke Unsinn, aber es zeigt immerhin, wie sehr den feudalen Herrschaften der Stamm geschwollen ist. Die großen Rosinen, die der Windischgrätz im Kopf hat, lassen ihn die habsburgische Werbearbeit für „überflüssig“ halten, da sich, so meinte das Prinzelein, diese Frage „von selbst lösen werde und keiner Werbearbeit bedürfte“. Der gute Mann überschätzt da die Vorliebe der Bevölkerung für das blutbesiedelte Haus Habsburg um ein Gewaltiges. Wie der Herr vom Volke denkt, geht daraus hervor, daß er sagte, in Ungarn müsse das Volk wissen, wer die Macht in Händen hat. Der gemäßigtere König müsse als „unsichtbare eiserne Faust“, die alles unterdrückt, was sich den Befehlen widersetzen will“, die Macht ausüben. Das sei die einzige Bürgschaft der Ruhe und Ordnung.

Die „eiserne Faust“, — man sieht, der Herr glaubt noch immer in der habsburgischen Monarchie zu leben, wo wirklich „alles unterdrückt“ wurde, was sich den Befehlen (lies: dem Willen der adeligen und sonstigen Parasiten) widersetzen wollte. Die Offenheit, mit der Windischgrätz ausplaudert, was die Bevölkerung im Falle der Restaurierung der Habsburger erwarten würde, — das ist die „eiserne Faust“, die sie so oft gespürt hat, — ist recht dankenswert. Sie wird jeden darüber belehren, was geschehen würde, wenn die Träume der Habsburger und ihrer Satrapen in Erfüllung gingen.

Das hochfahrende, arrogante Prinzelein ist weiters der Meinung, daß auch in Desterreich ähnlich regiert werden müsse, denn es steht seiner Meinung zufolge „auf keiner höheren Kulturstufe als Ungarn“. Dem Windischgrätz und seiner Sippe ist das Volk noch wie vor die Kanaille, die karnisfist werden muß. Als der Ausfratshler der „Wiener Allgemeinen Zeitung“ die Frage stellte, ob eine Wiederherstellung des früheren Zustandes ohne Krieg denkbar sei, erwiderte Windischgrätz: „Aber ja, wir müssen nur ein wenig warten; durchhalten, wie die Deutschen im Krieg gesagt haben.“ Dann meinte Windischgrätz, die neuen Staaten seien nicht lebensfähig, ihre Tage wären gezählt. Das adelige Gesicht glaubt wirklich, daß ohne ihre Bevormundung die Völker nicht leben können.

Ueber die Tschechoslowakei verzapfte der Herr den besondern Unsinn, daß dieser Staat deshalb nicht haltbar sei, weil hier „vier Millionen Tschechen neun Millionen arg feindlich gesinnter Elemente gegenüberstehen“. Die Hochfahreiheit des Prinzeleins geht auch aus seinen Neuheiten über die rumänische Bevölkerung hervor, indem er den rumänischen Bauer ein „Halbtier“ nennt. Daran erkennen wir die adelige Gesellschaft von ehemals, die auf die „Plebs“ verächtlich herabblinzt, für die jeder Nichtadelige ein Wesen zweiten Grades war und jeder Soldat ein „Kerl“.

Auf dieser Weltanschauung und Menschenbewertung kommt das Prinzelein, dem Demokratie und republikanische Staatsformen als Eingriffe in die göttliche Weltordnung erscheinen, zu dem Schluß, daß es zu einem Zusammenbruch kommen muß: „Alle diese Länder werden von selbst zu Grunde gehen, sie werden sich auflösen und

dann ist der Zeitpunkt herangekommen, unseren König zurückzuberufen." Schon der Winter, so meinte Windischgrätz, werde "vielleicht etwas bringen". Das aristokratische Egoist glaubt wirklich, daß das Volk tief unglücklich sei, weil es nicht mehr von der Adelsklasse und von einem "König von Gottes Gnaden" kommandiert wird.

Der Weisheit Quinzeffenz gibt Windischgrätz wie folgt Ausdruck: "Meiner Ueberzeugung nach gibt es in 25 Jahren überhaupt keine Sozialdemokratie mehr. Die Arbeitermassen sind nationalisiert; sie wollen bloß eine gewisse Demokratisierung des Staatsgebildes erreichen. Man wird eben dem Königstum einen demokratischen Anstrich geben und die Frage ist gelöst." Das ist wirklich der Gipfel der Albernheit. Das adelige Sprößlein, das außer mit seinem Bedienten nie die geringste Berührung mit dem Volke hatte, macht sich an, das Denken und Fühlen der Arbeitermassen auszulügen. Das der Prinz glaubt, daß sich die Arbeitermassen durch ein "demokratisch angestrichenes Königstum" täuschen lassen können, kann man im Grunde genommen mit dem selben heiteren Gleichmut aufnehmen, wie seine Prophezeiung, daß es in 25 Jahren keine Sozialdemokraten geben werde, aber es verdient festgestellt zu werden, von welchem albernen Schwab bürgerliche Zeitungen Aufhebens machen, wenn er ihren geheimen Sehnsüchten Rechnung trägt.

Die tschechische Sozialdemokratie und die Regierung.

Dienstag abends fand im Sophiensaal in Prag eine große öffentliche Versammlung der tschechischen Sozialdemokratie statt, in der die Abgeordneten Bedhne und Remec über die Regierungsbildung sprachen. Wir haben bereits im gestrigen Blatt einen kurzen Bericht gebracht, halten es jedoch für nützlich, insbesondere die Rede des Abgeordneten Bedhne, der ganz unzweifelhaft als der geistige Führer der tschechischen Sozialdemokratie zu betrachten ist, ausführlich wiederzugeben, damit unsere Leser einen Einblick in die Denkweise und Argumentation der tschechischen Genossen erhalten. Wir geben den Bericht objektiv wieder und enthalten uns vorläufig jedes kritischen Wortes. Abgeordneter Bedhne führte ungefährl folgendes aus:

In einer neuen und eigenartigen Weise hat die tschechische Sozialdemokratie diesmal den Eintritt in die Regierung vollzogen. In zweitausend Organisationen wurde über diese Frage abgestimmt und in allen Organisationen hat sich eine gewaltige Mehrheit für den Eintritt in die Regierung entschieden. Darin sehe ich, daß die arbeitenden Klassen die Teilnahme an der Regierung nicht mehr als eine grundsätzliche, sondern als taktische Frage betrachten. In der zweiten Internationalen wurde vor dem Krieg die Teilnahme an der Regierung als undenkbar gehalten mit dem Prinzip des Klassenkampfes. Das war insbesondere der Standpunkt der deutschen Sozialdemokraten, der Sozialdemokraten in einem autokratischen Staate. Am meisten war in der Sozialdemokratie Preußens diese Anschauung vorherrschend, während in Süddeutschland die Frage der Zustimmung zum Budget als taktische Frage betrachtet wurde und die Sozialdemokraten Badens und Württembergs mehreremals für das Budget stimmten. Im alten Oesterreich haben die Wiener Sozialdemokraten die radikale marxistische Dialektik zwar meisterhaft gehandhabt, in der Praxis entspricht ihr Verhältnis zum Staat dieser Phrasologie nicht. Wenn die Regierung des alten Oesterreich eine Mehrheit für die Volkswortwendigkeiten gebraucht hat, dann hat die österreichische Sozialdemokratie für die Regierung gestimmt, sie hat, wenn die Tagesordnung verarmelt war, ihre Stimme für die Dringlichkeit des Budgets abgegeben. Die österreichische Sozialdemokratie hat es stets verstanden, die radikalste Theorie mit einer temperierten Praxis zu verbinden.

Nach dem Umsturz waren es die reichsdeutschen und die österreichischen Sozialdemokraten, welche die alte Praxis der Nichtteilnahme an der Regierung in das alte Eisen geworfen haben. Als es notwendig war, den demokratischen Staat zu organisieren, da waren alle Theorien vergessen. Die neue Praxis bahnt sich den Weg in allen Staaten. Die französische und englische Sozialdemokratie wird nach den Neuwahlen vor das gleiche Problem gestellt sein und auch die deutschösterreichische Sozialdemokratie kann nicht mehr lange außerhalb der Regierung bleiben. Die tschechische Sozialdemokratie tanzt keine Extratour, sondern ihre Politik bewegt sich auf derselben Bahn wie die der sozialistischen Parteien der anderen Länder, die alle bestrebt sind, an der Festigung des demokratischen Regimes mitzuarbeiten und die Interessen der

Arbeiterchaft in der Regierung zur Geltung zu bringen.

Nachdem sich Abgeordneter Bedhne mit den Kommunisten befaßt hatte, erklärte er: Wir haben den Prozeß der Aufklärung der Massen mit großen Opfern bezahlt, der Gewinn ist der, daß die Massen den Staat anders betrachten lernen, als die im autokratischen Oesterreich der Fall war. Der Staat ist das Mittel zur Transformation einer Gesellschaftsordnung in die andere und dieses Mittel darf nicht allein in den Händen von Kapitalisten und Bürokraten bleiben. Marx hat sich mit dem Begriff des Staates nicht systematisch auseinandergesetzt. Er hat in erster Linie die Ökonomie studiert, er wollte den Sozialismus ökonomisch begründen. Heute ist der Staat nicht mehr, wie Paskale gesagt hat, der Nachwächter des Kapitals, er greift in die Ökonomie ein, er stellt die Rechtsnormen auf, nach denen die Produktion vor sich geht und die genau so wichtig sind, wie die sogenannten natürlichen ökonomischen Gesetze. Die Aufgabe des Staates ist es, zu Gunsten der Schwächeren einzugreifen. Die Zeit der Beamtenregierung ist die Zeit ungezählter Streiks. Seitdem das neue Ministerium besteht, ist der Bäderstreik in Prag durch Vermittlung eines sozialistischen Ministers in einem Tag beigelegt worden und auch der Eisenbahnerkampf ist durch eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Benesch hinausgeschoben worden. Die tschechische Sozialdemokratie hat einen ganz besonderen Standpunkt zur Republik, weil diese Republik dem tschechischen Volk die nationale Einheit der Tschechen und Slowaken gegeben hat und die nationale Freiheit beider garantiert.

Eine Beamtenregierung vertritt sich nicht mit dem Charakter eines demokratischen Staates, sie ist ein Ueberbleibsel des autokratischen Regimes. In einem demokratischen Staatwesen kann nur eine parlamentarische Regierung sein, wenn nicht, ist dies nur ein Beweis dafür, daß die Nation zur Freiheit noch nicht reif sei. Die Tschechen sind das einzige Volk Mitteleuropas, dem der revolutionäre Gedanke tief im Herzen sitzt, während es in den umliegenden Staaten nicht der Fall ist, sonst könnte es nicht vorkommen, daß in Dresden, der Hauptstadt eines Landes, das eine sozialistische Regierung hat und in dem 51 Prozent aller Stimmen bei den Wahlen für die proletarischen Parteien abgegeben wurden, ein Theaterstück aufgeführt werden könnte, in dem der republikanische Gedanke verhöhnt wird.

Redner erklärt sodann, daß Sechla nur deswegen nicht Ministerpräsident geworden ist, weil er krank wurde. Das Ministerpräsidenten wurde sodann der tschechischen Sozialdemokratie für den ehemaligen Ministerpräsidenten Tuzar angeboten, die Partei hat dies jedoch abgelehnt, weil sie dieser Regierung nicht das Signum geben wollte. Daß Benesch Ministerpräsident geworden ist, hat seine Licht- und Schattenseiten. Die Lichtseiten bestehen darin, daß Benesch das Vertrauen des größten Teiles der Nation genießt, die Schattenseite jedoch ist, daß in der auswärtigen Politik sehr viel Dinge nicht vor das Forum der Öffentlichkeit gebracht werden können. Im Ministerium Tuzar mußte Minister Benesch dem Ministerpräsidenten vor dem Eintritt wichtiger Entscheidungen referieren, wodurch der Ministerpräsident den verfassungsmäßigen Einfluß auf die auswärtige Politik ausüben konnte. Dadurch, daß der Minister des Auswärtigen und der Ministerpräsident in einer Person vereinigt sind, entstehen gewisse Gefahren, die aber dadurch gemildert werden, daß eine feste parlamentarische Mehrheit alle Seiten der Staatspolitik kontrollieren wird. Die neue Regierung wird keine neuen Steuervorlagen bringen, das ist eine Vereinbarung unter den Regierungsparteien, sie wird die Trennung der Kirche vom Staate durchführen, was aber nicht mit Gewalt, sondern unter Schonung aller Gefühle geschehen soll. Der Staat soll dadurch keinen Erschütterungen ausgesetzt werden, es soll kein Abgrund zwischen den Gläubigen und der Staatsautorität aufgemacht werden. Die Regierung wird auch die Bauverfassung durchführen. Alle Parteien befinden sich in einer tiefgreifenden Zerkleinerung, der Vorteil der tschechischen Sozialdemokraten besteht darin, daß sie bereits das Nergste hinter sich hat. Die tschechischen Sozialdemokraten wollen die getroffenen Vereinbarungen einhalten und erwarten dasselbe von den anderen Parteien. Der Grundsatz der Partei ist: Die tschechoslowakische Republik in Mitteleuropa voran, die tschechischen Sozialdemokraten in der tschechoslowakischen Republik voran.

Gedenket Des Fonds für euer Zentralorgan!

Inland.

Berörterung der Peška. Am 1. Oktober fand eine Konferenz der tschechischen nationaldemokratischen Partei statt, in der unter anderem über die projektierte Organisation der Regierungsmehrheit in der Peška, daß an die Stelle der bisherigen Peška ein fünfzehngliedriger Ausschuss tritt, verhandelt wurde. Auch im Senat soll ein derartiger Ausschuss ins Leben gerufen werden.

Die Slowaken und die neue Regierung. Der "Slovak", das Organ des Abgeordneten Juriga, glaubt nicht an eine lange Dauer der Regierung. Bei einer derartigen personellen Zusammensetzung, meint Juriga, ist die Wirkungszeit des Kabinetts eine beschränkte. Die "Peška" werde eben weiterwirken, bis es gelingen, werde ein verlässliches arbeitsfähiges Kabinett zu bilden.

Wie gepart wird. Die "Tribuna" schreibt: Wie die Zentralkommission des Amtes für Außenhandel wirkte, geht aus einer kleinen Reminiscenz hervor. Das Eisenhindlat, das nach der Proposition des gewesenen Sektionschefs Dr. Matys errichtet wurde, beschäftigte acht Beamte. Als man das Eisenhindlat während der Ministerschaft Dr. Haidlers in die Eisenabteilung der Kommission für Auswärtigen Handel umwandelte, wurde die Zahl der Beamten auf 20-24 erhöht und als die Gründung eines selbständigen Amtes für Außenhandel erfolgte und die Eisenabteilung gemäß dem Auftrage des Ministers Dr. Kotozew zu einem Teil des Amtes umgestaltet wurde, vermehrte sich die Zahl der Beamten mit einem Schlag auf 74. Und das alles, obwohl die Agenden den gleichen Umfang behielten. Die Kommission für auswärtigen Handel führte in ihren Geschäftsbüchern die einfache Buchhaltung, das Amt für Außenhandel bediente sich der kameralistischen Buchhaltung und einer dreifachen Zahl der Beamtenschaft.

Wo Kommunisten liegen. Die kommunistischen Blätter verzeichnen mit großer Genugtuung zwei kommunistische Siege bei den Gemeindevahlen in Triesch und Vattelau. Bei einiger Betrachtung verwandeln sich die "Siege", aber in eine schwere Niederlage der Arbeiterchaft. Bei der ersten Gemeindevahlen stellte die Arbeiterchaft in der sozialdemokratischen Liste einheitlich Kandidaten auf und gewann in beiden Orten die Majorität, in Triesch sogar Zweidrittelmehrheit. Nun nach den neuen Wahlen erhielten die Kommunisten von Triesch nicht einmal die Hälfte der Mandate — die anderen politischen Parteien erhielten um sechs Mandate mehr, als die Kommunisten. In Vattelau erhielten die übrigen Parteien 17 Mandate gegenüber 7 kommunistischen Mandaten, so daß also in beiden Orten die Arbeiterchaft die Mehrheit im Gemeinderat einbüßte. Wenn man in dieser Schwächung proletarischer Positionen einen "Sieg" erblicken will, so gehört ein großes Stück Blindheit dazu.

Nichter können auch milde sein. Nach Raklawitz bei Brerau wurde am 14. Jänner eine Kommission zur Requirierung von Getreide entsendet, da die Landwirte dieser Gemeinde nur 62 Prozent des vorgeschriebenen Kontingents abgeliefert hatten. Es gab einen Aufstand, bei dem die Landwirte sich gegen die Amtorgane und gegen die Gendarmerie widderfällig benahmen, einen bereits beschlagnahmten, mit Getreide vollgeladenen Wagen wieder abladen und das Getreide wegschleppen, sodas die Kommission ihre Arbeit unterbrechen mußte. Erst als Militär einmarschierte, konnte die Requirierung vorgenommen werden. Vor dem Osmüger Kreisgerichte waren nun achtzehn Landwirte wegen dieses Vorfalls angeklagt. Die Angeklagten verantworteten sich damit, daß am Tage der Tat Skitowitz gebrant wurde und sie ein wenig angetrunken waren. Das Gericht erklärte alle Angeklagten für schuldig und verurteilte den Hauptschuldigen Josef Sajic zu fünf Monaten Strafbast, die anderen zu kleineren Arreststrafen, bedingt mit dreijähriger Bewährungsfrist. Wenn aber die Verurteilten drei Jahre lang keine Kommission bei ihrer Amtshandlung stören, brauchen sie die Strafe nicht anzutreten. Man vergleiche damit die Urteile gegen die kommunistischen Arbeiter und man hat die richtige Wertung dieses Urteils gefunden.

Ein Angriffsplan gegen die Gemeindeautonomie von Preßburg. Die sogenannte Gemeindeautonomie in der Slowakei ist ein eigenartiges Bitterding. Die Mitglieder der Gemeindevertretung werden im Verhältnis zum Ergebnisse der Parlamentswahlen, auf Grundlage der Kandidatur der Parteien, von der Regierung ernannt. Die so ernannte Gemeindevertretung besitzt noch geringere autonome Rechte, als die Repräsentanten in den Subdenkändern. Die politischen Verwaltungsbeamten z. B., Bürgermeister, Magistratsräte usw. werden von der Regierung ernannt. Aber auch dieser Schein von Gemeindeverwaltung ist den Regierenden in der Slowakei zuviel. Das dem bevollmächtigten Minister für die Slowakei nachstehende Blatt der "Korrier

"Stobensky Dennit" griff die Preßburger Gemeindevertretung stark an und stellte die Auflösung derselben, das Fortführen der Geschäfte ohne Repräsentanz und eine Aenderung der Leitung des Bürgermeisteramtes in Aussicht. Kurz nach dem Dementi des Ministers Micura wurde dem Oberbürgermeister Dr. Dufel mitgeteilt, daß er binnen einigen Tagen seines Amtes entbunden werden wird. Damit wird die Wahrscheinlichkeit des vom "Stobensky Dennit" mitgeteilten Planes sehr erhöht. Oberbürgermeister Dufel, der gegenüber den nationalen Minderheiten eine Politik des Kompromisses anstrebte, war den slowakischen Chauvinisten zu wenig national und die autonomen Rechte, welche die Scheinautonomie verlieh, sind diesen Herren zuviel. Im Interesse der raschen und gewaltsamen tschechoslowakisierung der Hauptstadt der Slowakei und der hemmungslosen Ausbeutung der Stadt durch die tschechoslowakischen Banken will man den Rest von Gemeindeautonomie aus dem Wege räumen, zum größeren Ruhme der nationalen Verständigungspolitik der neuen Regierung.

Ausland.

Lake Jonesku über Oberschlesien.

Dem Korrespondenten des "Petit Journal" gegenüber hat Lake Jonesku sein edles Herz erleichtert. Er knüpft an die Entscheidung des Völkerbundesrates über Oberschlesien die ausschweifendsten Hoffnungen; sieht schon ein mächtiges Polen, das sich wie ein Keil zwischen Deutschland und Rußland schiebt (denn die beiden als Nachbarn und nicht etwa Frankreich gefährden den Frieden Europas!); und sieht mit der angeblich beginnenden Freundschaft der Polen und Tschechen den Kreis der kleineren Entente und damit den Kreis der osteuropäischen Gegenrevolution sich schließen. Deutschlands Wünsche zu befriedigen, sei ein aussichtsloses Beginnen und sei überdies den Urheber des Weltkrieges gegenüber eine unnötige Sentimentalität. Nützig ist für Herrn Lake Jonesku eben nur eines: daß die kleine Entente "in der Westpolitik eine große Rolle spiele" und demgegenüber zählen die Interessen, des unglücklichen Oberschlesien nicht weiter mit.

Die deutschen Sozialdemokraten Rumäniens und das Burgenland.

Unser Czernowitzer Bruderblatt der "Vorwärts", wehrt in seiner Sonntagsnummer den Gedanken, Rumänien solle sich in die westungarische Krise aktiv einmengen, energisch und temperamentvoll ab. Die Vereinigung des gefährlichen Abenteuers weist es jenen zu, die es durch ihre eigenfichtige Politik heraufbeschworen haben: den Mächten der großen Entente. Lediglich ihre Aufgabe kann es sein, die Fehlbauten der Friedensverträge zu stützen, die Sozialdemokraten haben kein Interesse daran. Deshalb verwahrt sich der "Vorwärts" dagegen, daß Rumänien in den Streit eingreife, nicht um Oesterreichs, sondern um die eigenen Interessen dadurch zu fördern. Der Artikel beweist, daß die sozialdemokratischen Parteien der in der kleinen Entente eingepferchten Minderheitsvölker in geschlossener Front der Abenteuerpolitik ihrer Regierungen entgegenstehen. Wenn wir auch wissen, daß uns die Macht fehlt, unseren Willen durchzusetzen, weichen wir wenigstens nicht von der Linie ab, die uns die Pflicht vorschreibt, und rufen unsere Ueberzeugung vom Wahnsinn neuer Kriegsvorbereitungen laut in die Welt. **Volkswirtschaft.**

Budapest, 5. Oktober. Ministerpräsident Graf Bethlen hat provisorisch das Finanzministerium übernommen und wird es gegen Ende des Jahres an den Staatssekretär Tibor Kalay weitergeben.

Rekonstruktion des Wiener Kabinetts?

Wien, 5. Oktober. (Drahtbericht des "Sozialdemokrat".) Das christlichsoziale "Weltblatt" meldet, daß die Regierungsparteien an die Rekonstruktion des Kabinetts zu schreiben gedenken. Es soll nicht nur der Finanzminister Grimm abgelöst, sondern es sollen auch in anderen Ressorts Veränderungen vorgenommen werden. An Stelle des jetzigen Handelsministers soll der christlichsoziale Abgeordnete und ehemalige Handelsminister Feinl treten und es soll auch der christlichsoziale Abgeordnete und frühere Minister Dr. Reisch wieder das Ministerium für soziale Verwaltung erhalten. Der Seeresminister Vaugoin soll zurücktreten und an seine Stelle soll der Abgeordnete Kolary treten, der von der Deutschen Bauernpartei als Vertreter der Militärgagisten gewählt wurde. Der gegenwärtige Finanzminister Grimm soll als Unterstaatssekretär seinem Nachfolger beigegeben werden. Ferner soll ein Diplomat als Unterstaatssekretär für Aeußeres dem Bundeskanzler Schober beigegeben werden. Ein Nachfolger für Grimm sei noch nicht gefunden.

Die Ministerkrise in Polen.

Man hat das Recht, von einer solchen zu sprechen, trotzdem der neue Mann Bonikowski derzeit noch im Sattel sitzt. Aber so ziemlich alle sechzehn Parteien des Landtages verweigern ihm die Gefolgschaft, teils aus Parteiegoismus, teils in der aufdämmernden Erkenntnis, daß ein Beamtenministerium aufgestanden ist, das Vertrauen des Auslandes zur inneren Kraft Polens zu festigen oder, besser gesagt, zu wecken. Und dieses Vertrauens bedarf Polen dringend, um seine kranke Valuta zu heilen. Wie aber soll es kommen, wenn der Landtag außerstande ist, eine tragfähige Majorität für eine parlamentarische Regierung zu schaffen? Wenn enge Interessen verhindern, daß die steuerkräftigen Kreise zur Besteuerung herangezogen, und noch mehr, daß die Steuern auch eingetrieben werden? In einem Staat mit halbwegs gesunder Finanzpolitik dürfte es nicht geschehen, daß die heute dort reichste Klasse, die Bauern, in Realwert umgerechnet, gegenwärtig ungefähr den fünften Teil der Vorkriegssteuern zahlen, wie das der frühere Ministerpräsident Witos seinen agrarischen Brüdern ermöglichte. Zu dem falschen System kommt ein Chaos der Steuererfassung und ein Chaos der Verwaltung, weil noch immer in den einst deutschen, russischen und österreichischen Apparat keine Einheitlichkeit gebracht wurde, kommt ein das Land ausaugender Beamtenüberfluß und eine die öffentliche Moral vernichtende Beamtenkorruption. Das mangelnde Vertrauen des Auslandes macht der polnischen Industrie und Landwirtschaft jene Einkäufe und Investitionen unmöglich, welche die Handelsbilanz demaltesst aktiv gestalten könnten, und zugleich nähert es die Valuta rapid dem Nullpunkt. Muß doch, da der Kredit fehlt, die Notenpresse im Sturmtempo arbeiten, täglich werden 700 Millionen Mark gedruckt, von Anfang 1920 bis heute stieg der Notenumlauf von 5 1/2 auf 150 Milliarden Mark. Die Erregung des Landes über den finanziellen Zusammenbruch findet in der latenten Ministerkrise ihren politischen Ausdruck und man darf mit Zug zweifeln, ob ihr die platonischen Verbesserungsabsichten des neuen Finanzministers Dr. Michalski ein Ende bereiten werden. Sie lauten im wesentlichen wie folgt: Die Stützung des Staatschaßes soll durch eine einmalige Vermögensabgabe, Kriegsgewinnsteuern und Erhöhung der bisherigen Steuern erfolgen. Weiters ist die Bildung eines Finanzrates in Aussicht genommen. Die Konvertierung in Gold soll erst nach der Stabilisierung der polnischen Mark erfolgen, die Vermögensabgabe zur Bedeckung der Verbindlichkeiten verwendet und dadurch eine neue Banknotenemission überflüssig werden. Der Minister erklärt sich als Anhänger des freien Handels, stellte eine strenge Verfolgung der Valutaspekulanten, der Valutaschmuggler und eine starke Heranziehung der Kriegsgewinner in Aussicht und ersuchte den Landtag, ihm das Vertrauen bei der Beschlußfassung über Staatsausgaben im Ministerrate zu erteilen. Man darf dem Minister wünschen, daß er mit seinen Vorschlägen Erfolg hat. Dem sonst ist zu befürchten, daß die in den Seelen wühlende Verzweiflung sich nicht mehr mit dem politischen Ausdruck einer Lahmlegung des Parlamentes begnügt, sondern sich zu regellos wirkenden Ausbrüchen und damit zu einer verhängnisvollen Anarchie steigert.

Die ich rief, die Geister...

Es war eines der gangbarsten Schlagworte, die die Kommunisten in die Massen werfen, daß die Sozialdemokratie „reaktionär“ sei. Ohne daß dies bewiesen worden wäre, zogen die Kommunisten damit von Versammlung zu Versammlung und erstickten den Mangel an Argumenten für ihre Behauptungen durch Aufwand von Lungenkraft. Dieselbe Methode wendet nun die kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands den Kommunisten gegenüber an. Die „Kommunistische Arbeiterzeitung“ schreibt in ihrer letzten Nummer:

„Von Anfang haben wir betont: die proletarische Einheitsfront zum Schutze von Republik und Demokratie ist weiter nichts als die Einheitsfront der Arbeiterklasse und Bourgeoisie auf dem Boden der Demokratie, d. h. auf dem Boden der bürgerlichen Klassenherrschaft, zum Zwecke des kapitalistischen Wiederaufbaues. Daß sich die KAPD an diesem Schwindel beteiligen würde, war lange vorauszu sehen. Wo irgendwo an eine reformistische oder pazifistische, also konterrevolutionäre Forderung des Tages „anzuknüpfen“ ist, wird eine solche Gelegenheit von Herrn Dr. Thalheimer unweigerlich benutzt zum Schaden der proletarischen Revolution. Man muß sich einmal die Dinge im Reichstage oder in den anderen Parlamenten genauer ansehen, um zu begreifen, auf welcher abschüssigen Bahn die deutsche Sektion der kommunistischen Internatio-

nale angeht. Das Bild im Reichstage anlänglich der deutschnationalen Interpellation über die Verordnung der Reichsregierung vom 29. August trug ganz unzweideutig den Charakter einer gemeinsamen Front von Stimmen bis Stoedter gegen die „Reaktion“. Die Parlamentskommunisten stehen nunmehr treu zur Fahne der Republik. Sie stehen brav auf, dem Boden der Verfassung, die sie energisch verteidigen gegen die „hochverräterischen“ Deutschnationalen. Was trennt heute im Grunde noch die deutsche Sektion der 3. Internationale von der deutschen Sektion der 2. Internationale?“

Die Kommunisten haben entschieden Recht: Es hat sich eine Partei gefunden, die noch radikal tut.

Wie Westungarn „geräumt“ wird.

Wien, 5. Oktober. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“). Aus dem Burgenland wird gemeldet, daß von der Abziehung des regulären Militärs bisher wenig zu merken ist. Wofür hauptsächlich reguläres Militär abgezogen wird, wie in Neusiedel und Zierendorf, rücken an seine Stelle sofort Banditen ein. In Stofping sind größere Abteilungen von Banditen mit Maschinengewehren eingetroffen. Im steirischen Abschnitt haben in den letzten Tagen Vanden die Brückenarbeiten unserer Wehrmacht bei Lafnitz durch Feuerüberfälle gestört. Auch an anderen Orten gab es gestern bei Tag und heute bei Nacht wiederholt lebhaftes Geplänkel. Auch gegen Jilendorf, wo das Kohlenbergwerk der Wiener Gemeinde ist, gingen gestern ungarische Vanden vor, wurden aber vertrieben.

Der Staatsstreich von Jelför.

Wien, 5. Oktober. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“). Bekanntlich leugnet die ungarische Regierung alle Beziehungen zu den Banditen ab und behauptet auch, daß sie mit der sogenannten konstituierenden Nationalversammlung in Jelför nichts zu tun habe. Dazu stellt die „Arbeiterzeitung“ fest, daß der Herr von Ledah, der sich „Schriftführer der konstituierenden Nationalversammlung des Burgenlandes“ nennt, erst vor wenigen Tagen in Budapest bei den maßgebenden Regierungsstellen gesehen wurde. Der Staatsstreich von Jelför ist von der ungarischen Regierung von langer Hand vorbereitet worden.

Die ungarisch-österreichische Konferenz.

Budapest, 3. Oktober. (M.A.B.) Die Mitteilung der Entente, womit die ungarische Regierung aufgefordert wird, einen Bevollmächtigten nach Italien zu entsenden, ist gestern abends im ungarischen Außenministerium eingelangt. Die Zusammenkunft des ungarischen und des österreichischen Bevollmächtigten wird jedoch nicht in Rom, sondern in Venedig stattfinden. Die ungarische Regierung hat die Aufforderung der Entente zu Kenntnis genommen und den Vorschlag akzeptiert, daß sie im Sinne der Aufforderung einen bevollmächtigten Vertreter zu den Beratungen in Venedig entsenden werde. Hinsichtlich der Person des ungarischen Bevollmächtigten kommt in erster Reihe der Minister des Äußern Graf Banffy in Betracht.

Amnestie in Ungarn?

Budapest, 5. Oktober. Der Reichsverweser hat an die Regierung ein Reskript gerichtet, in welchem sie aufgefordert wird, der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf über eine allgemeine Amnestie, die alle seit der Revolution verübten politischen Verbrechen umfassen soll.

Das Urteil im Tiszaprozess.

Budapest, 5. Oktober. (M.A.B.) Im Tiszaprozess wurde heute das Urteil verkündet. Der Gerichtshof hat Keri der Anklage wegen Mordes und Gärtners der Mitschuld am Verbrechen des Mordes für schuldig befunden. Keri wurde zum Tode, Gärtners zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt. Fenyhes und Bago wurden freigesprochen.

Ludendorffs Pläne.

„Fertigwerden mit dem Bolschewismus“. — „Deutschland muß größer werden“.

Berlin, 5. Oktober. Die Blätter veröffentlichen eine Unterredung des Generals Ludendorffs mit dem Berliner Vertreter des „New York Herald“, bei welcher Gelegenheit Ludendorff erklärte, Rußland könne nur eine gemeinsame Expedition Deutschlands, Frankreichs und Englands mit Unterstützung Amerikas, Hilfe bringen. Dadurch könne man nach der Meinung Ludendorffs mit dem Bolschewismus fertig werden und damit

würde auch die bolschewistische Propaganda in der ganzen Welt beschworen sein. Nach Ludendorffs Ansicht würde das deutsche Volk einer gemeinsamen Expedition mit England und Frankreich nach Rußland nicht ablehnend gegenübersehen, wobei auch die Arbeiter derselben keinen Widerstand leisten würden. Im Verlaufe der Unterredung äußerte sich Ludendorff dahin, daß sich Deutschland keineswegs damit begnügen würde, eine kontinentale Macht zu bleiben. Dies würde die deutsche Industrie zugrunde richten, was auch ein Unglück für die ganze Welt bedeuten würde.

Die „Bosnische Zeitung“ und der „Vorwärts“ wenden sich scharf gegen diese Ausführungen Ludendorffs und erheben gegen ihn den Vorwurf, daß er auch in dieser Frage die Empfindungen des deutschen Volkes nicht verstehe.

Die Koalitionsbildung in Deutschland.

Zentrum und Demokraten machen die Regierungsbildung mit den Unabhängigen unmöglich.

Berlin, 5. Oktober. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“). Die sozialdemokratische Parteileitung hat an die Demokraten und das Zentrum die Anfrage gerichtet, ob sie bereit seien, die Unabhängigen in die Regierungskoalition einzubeziehen und ob sie gewillt seien, deren Forderungen in das Regierungsprogramm aufzunehmen. Die Sozialdemokratie legt auf eine Verbreiterung der Koalition durch die Einbeziehung der Unabhängigen den größten Wert. Die demokratische Fraktion hat darauf geantwortet, das erst eine Aufklärung über zwei Hauptpunkte geschaffen werden muß. Erstens ob die unabhängige Partei auf die Einführung der Mäterepublik auf dem Wege der Gewalt verzichte, zweitens ob die Unabhängigen an einer Koalition unter Einbeziehung der deutschen Volkspartei teilnehmen wollen. Das Zentrum verlangt erstens, daß sich die Unabhängigen auf den Boden der Weimarer Verfassung stellen, daß ein gemeinsames Regierungsprogramm aufgestellt werde und drittens, daß die deutsche Volkspartei gleichzeitig in die neue Regierungskoalition einbezogen werde. Es bekannt ist, daß die Unabhängigen niemals mit der Einnespartei eine Koalitionsregierung bilden würden, so stellen diese Forderungen nur taktische Schachzüge der bürgerlichen Parteien dar. Die deutsche Volkspartei erklärt parteioffiziell, daß die Zustimmung der Unabhängigen zu den Verhandlungen über die Regierungsbildung bedeuten würde, daß gleichzeitig auf die Teilnahme der deutschen Volkspartei verzichtet würde. Die Unabhängigen Forderungen verlangten eine so starke politische und wirtschaftliche Steuerverwendung nach Links, daß die deutsche Volkspartei sich daran nicht beteiligen könne. Weiter wird gesagt, daß auch im Zentrum und bei den Demokraten genau so gedacht werde. Dazu schreibt der „Vorwärts“: „Wir wissen nicht, inwieweit wir die deutsche Volkspartei, das Zentrum und die Demokraten richtig beurteilen. Wir können nur sagen, daß sie sich über die sozialdemokratische Partei täuschen. Diese hat sich bereit erklärt, zu verhandeln und hat nie verhehrt, daß ihr dieser Schritt außerordentlich schwer gefallen ist und sie nur mit großen Bedenken an diese Verhandlungen herantreten ist. Es wäre illogisch, wenn von irgend einer Seite bestritten würde, daß das bisherige Verhalten der deutschen Volkspartei geeignet wäre, diese Bedenken zu zerstreuen und nicht vielmehr sie aufs Neue zu verschärfen.“ Deutschlands innere Politik ist damit in eine Sackgasse geraten, aus der ein Ausweg gefunden werden muß.

Stellungnahme der Demokraten und des Zentrums.

Berlin, 5. Oktober. Wie die Blätter berichten, haben die Demokraten und das Zentrum die bekannte Frage der Unabhängigen, ob sie bereit seien, einer Koalition mit den Unabhängigen zuzustimmen, nicht prinzipiell ablehnend beantwortet. Sie haben aber ihre Zustimmung an folgende Voraussetzungen geknüpft: 1. Die Unabhängigen müssen sich auf den Boden der Weimarer Verfassung stellen. 2. Ein gemeinsames Koalitionsprogramm muß aufgestellt werden. 3. Die Koalition muß auch die Deutsche Volkspartei umfassen.

Widerstand gegen den Görlicher Beschluß.

Berlin, 5. Oktober. (Tsch. P.-B.) Wie in Berlin, hat der Görlicher Beschluß auch in einer Versammlung der sozialdemokratischen Vereinen in Mannheim keine Billigung gefunden. Der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zufolge wurde bloß ein Kompromißantrag angenommen, der von den Görlicher Beschlüssen lediglich Kenntnis nimmt und die Leitung der Reichspartei auf ein Zusammengehen mit der U. S. P. D. hinweist.

Regierungaktion für Bedürftige.

Berlin, 4. Oktober. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“). Die Regierung plant eine große Aktion für die bedürftigen Schichten des Volkes, die noch vor Einbruch des Winters in Gang kommen soll. Der eine Teil des Werkes bezieht sich auf die Invalidenrentner, für die eine Erhöhung ihrer Bezüge geplant ist. Der andere Teil soll Bedürftige aller Art berücksichtigen. Es sollen gewisse Volkskreise, die heute vielfach schicksalhaft vor dem Verhungern stehen, diesem Schicksal entziffen werden. Man denkt dabei vornehmlich an Kleinrentner, denen ein gesetzlicher Versorgungsanspruch eigentlich nicht zusteht.

Amerika soll vorangehen.

Keine weiteren Schiffbauten.

Berlin, 5. Oktober. Die Blätter berichten aus Paris: Die „United Press“ meldet aus Washington, daß Senator Borah eine Entschließung eingebracht habe, die den Präsidenten Harding auffordert, während der Dauer der Abrüstungskonferenz die Schiffbauten einzustellen, wodurch der gute Wille der Vereinigten Staaten befestigt würde. Das Budgetkomitee des Repräsentantenhauses habe bereits beschlossen, daß Armee- und Marinebudget erst nach Beendigung der Abrüstungskonferenz zu beraten, damit die Regierung während der Tagung der Konferenz durch keine Rüstungsdebatte in Verlegenheit gebracht würde, und das andererseits das nächste Marine- und Armeebudget von dem Erfolge oder Mißerfolge der Washingtoner Konferenz abhängen werde.

Deutschland soll alle Schäden gutmachen.

Ein Gutachten der amerikanischen Handelskammern.

London, 5. Oktober. (Neuer.) Der Ausschuß der amerikanischen Handelskammern, dessen Mitglieder kürzlich Europa besuchten, erwägt in seinem Berichte auch die deutschen Reparationszahlungen und meint, daß Deutschland bis zur äußersten Grenze seiner Leistungsfähigkeit die verursachten Schäden gutmachen soll. In dem Berichte wird darauf hingewiesen, daß die deutschen finanziellen und Industriekreise die Art der Zahlungen nicht als definitiv ansehen und daß diese Kreise gemeinsam mit den Monarchisten und Militaristen eine ernste Friedensgefahr wären, wenn sie zur Macht kämen, da sie trachten würden, sich den finanziellen Verpflichtungen zu entziehen. Es sei daher notwendig, daß die Alliierten einig bleiben. Der Ausschuß anerkannte, daß es auch für Deutschland äußerst wichtig sei, daß Frankreich alle Sicherheitsgarantien für die Zukunft erhalte. Weiters heißt es, es sei unerlässlich notwendig, die amerikanischen Abteilungen am Rhein zu belassen. Schließlich wird betont, daß das französisch-deutsche Verhältnis die gesamte europäische Situation beherrscht und daß Amerika verpflichtet ist, an der Regelung der finanziellen und wirtschaftlichen Fragen, welche auf der ganzen Welt schwer lasten, teilzunehmen.

Die russische Hungersnot.

Amerikas Hilfe. — Teuere Pässe.

Kopenhagen, 3. Oktober. (Tsch. P.-B.) Der „Berl. Tid.“ wird aus Helsingfors gemeldet: Die amerikanische Hilfsaktion in Petersburg hat neun Speiseanstalten eröffnet, die täglich 60.000 Kinder speisen können. Die Sowjetbehörden haben die amerikanische Regierung gebeten, auch Speisen für die Erwachsenen zu liefern, was jedoch abgelehnt wurde. Die Sowjetregierung hat eine Verordnung erlassen, wodurch Pässe für Auslandsreisen wieder eingeführt werden. Ein Paß mit Reiseerlaubnis von Rußland in das Ausland kostet 300.000 Rubel.

Die Rußlandhilfe.

Moskau, 5. Oktober. (Tsch. P.-B.) Die Zentralhilfskommission des allrussischen Volkswirtschaftsausschusses hat eine Vertretung in Berlin errichtet, um die Hilfe der Organisationen Westeuropas zusammenzufassen. Vorsitzender ist Arzinstski, Mitglieder sind Sob und Joffe.

Neue Ministerkrise in Polen.

Berlin, 5. Oktober. (Tsch. P.-B.) Wie die „Bosnische Zeitung“ aus Warschau meldet, hat die zweitägige Debatte im Sejm über die Programmrede des neuen Ministerpräsidenten Bonikowski ergeben, daß das neue Kabinett auf die Unterstützung des Landtages nicht zu rechnen habe. Die meisten Parteien kündigten ihre Opposition an, einige wenige ihr Desinteressement.

Die vaterländische Opferkette der Hohenzollern.

Berlin, 5. Oktober. (Tsch. P.-B.) Die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtages hat eine Interpellation eingebracht, in der die Regierung gefragt wird, ob ihr bekannt sei, daß die Hohenzollern trotz der Aufhebung ihrer Steuerfreiheit in den Jahren 1919-20 und 1921 keine Steuern bezahlt haben. An das preussische Finanzministerium wird die Frage gerichtet, was diese Behörde

jetzt hat, um den Eingang der geschuldeten Steuerbeiträge sicherzustellen.

Erweiterung der Washingtoner Konferenz.

Paris, 4. Oktober. Nach einer Havasmeldung aus Washington wird das Staatsdepartement die Belgier, die Niederländer und die Portugiesen zur Teilnahme an der Washingtoner Konferenz einladen.

Unternehmerwillkür.

In der kleinen Gemeinde Sennersdorf bei Hohenelbe hatte die sozialdemokratische Gemeindevertretung den überaus notwendigen Ausbau des Armenhauses beschlossen, in welchem die bedauerlichen Opfer der heutigen sogenannten gottgewollten Ordnung so eingepreist wohnen, daß beispielsweise in einem Lokal 13 Personen untergebracht sind.

Nun will es der Zufall, daß in dem besagten Ort 82 Prozent der Gemeindeglieder die Papierfabrik Jgn. Dix Söhne nach der gesetzlichen Quote zu zahlen hat, demnach würde auch die Erhöhung der Umlagen im selben Ausmaße auf diese Firma entfallen.

62 Arbeiter wurden aufs Pflaster geworfen, weil eine Gemeindevertretung eine Volks- und Kulturnotwendigkeit beschlossen hatte.

Aber einem Kapitalisten ist eben kein Mittel zu schlecht, wenn er sich damit seinen Steuerpflichtungen entziehen kann.

In dieser Einigungsamtstzung offenbarte sich die ganze schamlose Unternehmerwillkür.

nur die Sorge um ihren Profit kennen und jedes rechtliche und menschliche Empfinden von sich weisen. Die Unternehmerbeißer des Einigungsamtes sprachen sich offen aus, daß sie zur Entscheidung über diesen schwerwiegenden Fall kein Mandat hätten, und bewiesen damit, daß sie nicht gewählt sind, selbst vor den Einigungsamt, das nach objektiver Prüfung der jeweiligen Sachlage eine Entscheidung zu fällen hat.

Die Maske herunter! Bei jeder Gelegenheit zeigt es sich, daß hinter all den schönen Worten, welche die Unternehmer so gerne über das „Wohl“ der Arbeiter sprechen, sich tödliche Brutalität verbirgt, welche bei der ersten Gelegenheit zum Vorschein kommt.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Die Nacharbeit der Bäder. Das Ministerium für soziale Fürsorge verlaublich: Das Ansuchen des Landesverbandes der Bäder in der Slowakei um Bewilligung der Nacharbeit in den Bädereien wurde mit dem Hinweis abgewiesen, daß die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür fehlen.

Sabotage englischer Grubenbesitzer. In einem Kohlenbergwerk in North-Wales wurde bekanntgegeben, daß die Schächte bis auf weiteres geschlossen würden.

Defizit in Dänemark. Finanzminister Reergart legte heute das Budget für das Finanzjahr 1922—1923 vor. Die 369 Millionen Kronen ergibt. Den größten Posten der Ausgaben bildet das Unterrichtsministerium mit 69 Millionen, das Kriegsministerium mit 43 Millionen, Marine 27 Millionen.

Der Generallstreik der mährischen Landarbeiter beginnt am 10. Oktober, nachdem sich die Verhandlungen zwischen Unternehmern und Arbeitern zerschlagen haben.

Die Warenpreise in Deutschland. Wie der von der „Frankfurter Zeitung“ monatlich errechnete Index der Warenpreise zeigt, ist die Teuerung im Laufe des Monats Oktober abermals gestiegen.

Friedenszeit stellt sich folgendermaßen dar. Setzt man den Friedenspreis gleich 100, beträgt dieser per 1. Oktober 1921 1992, das heißt die Warenpreise sind zwanzigmal so groß wie in der Friedenszeit.

Lohnbewegung im Rationier Kohlenrevier. Die Bergwerksbesitzer im Rationier Revier haben am 30. September auf allen Gruben eine Kundmachung angeschlagen, in der sie die Löhne der Bergarbeiter um etwa 25 Prozent herabsenken.

Einstellung der staatlichen Fleischbewirtschaftung in Oesterreich. Wien, 5. Oktober. Den Abendblättern zufolge sieht sich der Ernährungsminister veranlaßt, die staatliche Fleischbewirtschaftung einzustellen.

Zur Sanierung der polnischen Wärscha, 5. Oktober. (Punkt) Der Abgeordnete Sadziejewski bezieht sich als Bevollmächtigter des Finanzministeriums nach Warschau, um die Unterstützung des ausländischen Kapitals zur Sanierung der polnischen Wärscha zu erlangen.

Der Wert der Krone. Es kosten: 100 holländ. Gulden 3088%, 100 Mark 77%, 100 schweiz. Franken 1674, 100 Lire 280%, 100 franz. Franken 684%, 1 Pfund Sterling 300%, 1 Dollar 96%, 100 belg. Franken 681%, 100 Reichsmark 1231%, 100 Dinar 100%, 100 Lei 80%, 100 österr. Kronen 3,60, 100 poln. Mark 2,20, 100 ungar. Kronen 14,02 tsch. Kronen.

Aus der Partei.

Frauen-Bezirkskonferenz Bodenbach. Sonntag, den 9. Oktober, um 2 Uhr nachmittags findet in der Volkshalle in Bodenbach die diesjährige ordentliche Frauen-Bezirkskonferenz mit nachfolgender Tagesordnung statt.

Vollversammlungen in Bedekdorf, Braunau und Halbstadt. Samstag und Sonntag, den 1. und 2. Oktober, fanden in Markt Bedekdorf, Braunau und Halbstadt Volksversammlungen statt, in denen Senator Genossin Dr. Karl Heller aus Teplitz über die politische Lage referierte.

sammlungen, wie sie in der Vergangenheit vorgekommen waren, in Zukunft nicht mehr vorkommen sollen.

Im Wahlkreis Pilsen erstattete Abgeordneter Genosse Schuster in den letzten Tagen in den Orten Raitharina, Reichenthal, Neulofenthal und Sorghof vor stark besuchter Versammlung Bericht über die Tätigkeit der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren.

Die Kreisorganisation Nies hat für Sonntag den 30. und Montag, den 31. Oktober ihre diesjährige Kreis-Konferenz nach Tachan einberufen.

Kunst und Wissen.

Neues Theater. Heute „Die Schauspieler“ Morgen Freitag „Don Cesar“. Samstag 10 Uhr nachts „Die Ehejünglinge“.

Literatur.

Die Sozialisierung in Oesterreich von Wilhelm Ellenbogen, Wien 1921, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien-6., Gumpendorferstrasse 18, 36 Seiten, Preis 2,20 K. Die vorliegende Schrift des Genossen Ellenbogen beginnt mit einer klar herausgearbeiteten Darstellung des Begriffes der Sozialisierung.

Mitteilungen aus dem Publikum.

„Urania.“ Heute, 6 1/2 Uhr, „Deutsche Kultur“, Theater Dr. Jilchert. Jehnständiger Kurs. 1. „Mythologie.“ Kursarten 30 Kr. Einzelkarten 4 Kr. Ritgl.-Anmeldungen (Jahreskarte 5 Kr.) und Ritgl.-Erneuerung täglich Urania-Kasse von 10—1 und 4—7 Uhr.

Selbstschreibende Durronghs-Additions-Maschinen der Firma Slogowsh u. Comp., Prag-I, Celetna ul. 35. 80 verschiedene Modelle, für jede Branche eigene Systeme.

Remington Standard-Schreibmaschinen mit vollständig frei sichtbarer Schrift und modernster Einrichtungen. Neueste Modelle.

PELZWAREN Herren- und Damenpelze, Pelz-jackets, Krägen, Boas, Muffe usw. kauft man am besten bei F. DENDER, Prag I., Celetná 12.

Billige Bettfedern vom Gänsezüchter! 1 kg graue Halbschleisfedern K 18,-, halbwollene geschleisene K 22,- u. 24,-, weiße flaumige K 35,- 40,- und 50,-, Herrschafts-Halbflaumschleis K 70,- u. 80,-, hochfeine K 90,-, ungeschl., weiße, feine K 62,- u. 80,-, grosse fertige Tuche, gut gefüllt K 100,-, 190,- und 250,-, Kopfpolster K 40,-, 55,- u. 73,- versendet gegen Nachnahme Wenzel Fremuth, Deachenitz Nr. 143, Böhmerwald. Nichtpass. tausche um od. Geld zurück. Ausführliche Preisliste gratis.

Kohle - Koks - Holz liefern fuhr- und waggonweise S. L. Reimann Söhne, Prag II., Václavské nám. 47. Telefon Nr. 1675 und 4179.

Kanalasse, Inlette, Matratzen Grad und Damaste, für Inland u. Export liefert billigst Kronover Erzeugung von Leinen- und Baumwollwaren 58 Viktor Prager, Prag-II., Truhlářská ul. Nr. 21, nächst Repräsentationshaus Telefon 2252

Ebermanns Mundwasser - Zahnpulver das BESTE und BILLIGSTE zur täglichen Zahnpflege. 64 Erhältlich in Apotheken, Droguerien, Parfümerien und Konsumvereinen. Dr. Ebermann, Prag 619-1.

Kassen feuersichere Bücher- und Dokumentenschränke, Mauer-Sales und Kassetten liefert billigst renommierte Firma Friedrich Wiese, Hauptniederlage, Prag Telefon 748 Senovážná ul. 2. Telefon 748

Frische Preiselbeeren in 5 kg Postkistchen liefert zum äusserst. Tagespreise 7 Josef Červený, Klattau 4, Böhmerwald.

Piering-Seni und Essig ist der Beste! zu haben in allen Konsum-Vereinen. 47

CAFÉ ELEKTRA PRAG-WEINBERGE, beim Museum, neben dem Deutschen Theater. TREFFPUNKT DER GENOSSEN Telephone 4854. 124

EGGER & CO., PRAG-KARLIN, Královská tř. 14. FABRIK PHARMACEUTISCHER ZUCKERWAREN. Eggers Milch- und Kaffekaramellen, Eggers 140er Peppermint 87 in allen Konsumvereinen erhältlich.

BERSON GUMMIABSÄTZE BILLIGER ALS LEDER

Die Organisation des Landproletariats.

Von Johann Uhl, Dir.

Der Beschluß des Parteivorstandes, auf die Tagesordnung des kommenden Parteitagess den Punkt „Die Sozialdemokratie und die Landwirtschaft“ zu stellen, veranlaßt Genossen Wimmer im „Sozialdemokrat“ eine Teilfrage und zwar: „Die Organisation des deutschen Landproletariats in der Tschechoslowakei“ zu besprechen. Die Organisation der Land- und Forstarbeiter und der sonstigen, besonders in der Landwirtschaft tätigen nicht ständig beschäftigten Lohnarbeiter, ist auch heute noch eine Aufgabe, der Hindernisse ganz besonderer Art, von denen in anderen Berufen nichts zu bemerken ist, entgegensteht. Ganz abgesehen von der Tatsache, daß die Gewerkschaftsorganisation erst in der allerletzten Zeit in diesem Berufe Fuß fassen konnte, weil eben dieses Proletariat erst in der letzten Zeit die zur Organisation nötige Reife erlangte (die näheren Ursachen brauchen wir an dieser Stelle nicht weiter erläutern), kommen eine Reihe weiterer Fragen in Betracht, die bei verschiedenen Teilen des Land- und Forstarbeiterorganisationshemmend wirken. Ein beträchtlicher Teil der Land- und Forstarbeiter sind nicht allein Lohnarbeiter, sondern auch selbständig. Ihre Existenz baut sich aus Einkünften zweierlei Art auf. Erstens auf die Erträge, die sie aus ihrem Besitze gewinnen, zweitens aus der Lohnarbeit, die sie im Dienste anderer, entweder der Bauern oder Großgrund- und Forstbesitzer leisten. Es führen eben beträchtliche Teile eine Art Doppelexistenz und zwar die als selbständige und Lohnarbeiter. Für den, der nur Lohnarbeiter ist, ist die Frage der Organisation leicht gelöst. Er hat Mitglied seiner Gewerkschaftsorganisation zu sein, denn nur diese kann die Interessen, deren Durchsetzung er anstrebt, wirkungsvoll vertreten. Anders stellt sich die Sache schon bei dem kleinen Selbständigen dar. Dieser hat ein Besitztum, das allerdings nicht so umfangreich ist, daß er darauf seine Existenz vollständig aufbauen kann. Der Selbständige strebt nach Vergrößerung seines Besitzes und sein Ziel ist es, sein Besitztum mindestens so groß zu machen, daß er mit seiner Familie aus dessen Erträgen leben kann. Er will der Abhängigkeit aus der Lohnsklaverei auf diese Weise entrinnen. Für diese zwei Existenzverhältnisse sind die geeigneten Organisationsformen zu schaffen.

Während der Lohnarbeiter die geeignete Organisationsform in der Gewerkschaft besitzt, hat der Selbständige Interessen, die er durch die Gewerkschaft, die doch nur eine reine Kampforganisation ist, nicht wahrnehmen kann. Der Selbständige hat vielfach andere Bedürfnisse als der Lohnarbeiter: Beschaffung von Kredit, damit er seinen Besitz erweitern kann. Seine Wirtschaft benötigt manches, das er sich nur mit Mühe zu beschaffen in der Lage ist. Er ist als kleiner Eigentümer oft von dem Wohlwollen und dem guten Willen des größeren Bauern oder gar des Großgrundbesitzers abhängig. Er braucht dessen Hilfe bei der Bestellung der Felder durch Beistellung des Zugviehes und sonstiger Arbeitsmittel, die er sich nicht selbst leisten kann. Seine Abhängigkeit entspringt nicht seinem Verhältnis als Lohnarbeiter zum Unternehmer, sondern seiner proletarischen Existenz als kleiner Besitzer, die es ihm

wegen der beschränkten Mittel und Einnahmen unmöglich macht, alle Bedürfnisse seiner eigenen selbständigen Wirtschaft zu befriedigen. Hier muß, um seine Existenz als Selbständiger durch seine eigene Wirtschaft zu sichern, die Hilfe einsehen. Und da kann ihm nur eine genossenschaftliche Organisation helfen. Als Lohnarbeiter findet er Schutz durch die Gewerkschaft. Keine der bestehenden Landarbeiterorganisationen, schon gar nicht der Verband der Land- und Forstarbeiter, weist ihn zurück. Im Gegenteil, die Arbeiter und ihre Organisationen haben das allergrößte Interesse, diese Art Arbeiter, die unter Umständen den Lohnarbeitern gefährlich werden können, als Mitglieder zu erfassen. Und dies wird auch von den Arbeitern und von den verantwortlichen Organisationsstellen voll eingesehen und das Verhalten entsprechend eingerichtet. Genosse Wimmer sagt in seinem Artikel: „Das Landproletariat zerfällt in Lohnarbeiter und in Selbständige. Es steht für jeden Gewerkschaftler fest, daß die Gewerkschaft alle Lohnarbeiter zu einer einzigen Kampffront zu vereinigen hat. In der Tschechoslowakei trifft dies bei dem deutschen Land- und Forstarbeiterverband nicht zu. Der Häusler ist hier nicht als Lohnarbeiter bewertet, sondern als Produzent den Selbständigen angegliedert und mit dem Kleinlandwirt in eine genossenschaftliche Verusorganisation eingereiht. Der Aufbau der Organisation des Landproletariats muß so sein, daß nicht die eine Organisation der anderen ihre Agitations- und Aktionskraft hemmt.“ Soweit Genosse Wimmer. Es ist uns nicht bekannt, auf Grund welcher Tatsachen Genosse Wimmer annimmt, daß der Verband die Häusler nicht als Lohnarbeiter bewertet, sondern als Produzenten und diese mit dem Kleinlandwirte in eine genossenschaftliche Verusorganisation einreicht. Die Gewerkschaft erfährt alle Lohnarbeiter. Der kleine Selbständige steht aber in sehr vielen Fällen das Interesse des Selbständigen dem der Lohnarbeiter voran. Und für die Verbesserung seiner Lage als Selbständiger braucht er eine Interessenvertretung und die kann nach der Natur der Sache nur eine Genossenschaft sein. Die Gewerkschaftsorganisationen und ihre verantwortlichen Leitungen haben diese besonderen Verhältnisse jener Häusler, Inleute etc. auch zu würdigen verstanden und die Beschlüsse des Verbandstages des Verbandes der Land- und Forstarbeiter geben davon Zeugnis.

Die verschiedenen Fachinteressen, oft auch solche gegenfälliger Natur, können wohl weder in der Gewerkschaft, noch in der Genossenschaft eine entsprechende Vertretung finden. Was jedoch fehlt, eine Einrichtung, die die in Betracht kommenden Organisationen in solchen Fragen, die ein gemeinsames Interesse beim Lohnarbeiter und beim Selbständigen auslösen, zur gemeinsamen Arbeit zusammenbringt, muß geschaffen werden. Zu diesem Ziele kann der Parteitag führen. Wir wollen noch bemerken, daß in dieser Angelegenheit dieselbe Entwicklung in den Organisationsverhältnissen der tschechischen Arbeiterschaft einsehen müßte. Denn dort liegen die organisatorischen Verhältnisse des Landproletariats genau so wie bei uns. Die unglückselige Bodenreform in der Tschechoslowakei wird nicht auf ein anderes Geleis gebracht werden können, wenn die tschechische Arbeiterschaft nicht gemeinsam mit uns denselben Weg marschiert und dasselbe Ziel verfolgt.

Folgen Des freien Handels.

Aus Nordmähren wird uns geschrieben: Da nach der Verordnung über die Einbeziehung unbemittelte Personen in die öffentliche Mahlversorgung auch Wohltätigkeitsanstalten in die öffentliche Versorgung gelangen können, wäre es wohl selbstverständlich, wenn die Krankenhäuser nicht auf den freien Handel angewiesen sein sollten. Die Kosten der Krankenhäuser werden allerdings durch die Verpflegstage gedeckt, aber zur Zahlung dieser Verpflegstage werden die Gemeinden, die Krankenkassen und alle nicht gänzlich unbemittelten Personen, nebst den Landesfonds herangezogen. Jede Erhöhung der heute schon ungemein hohen Gebühren macht sich im Haushalte der Krankenkassen und der Gemeinden gleich empfindlich bemerkbar. Wenn Krankenanstalten nicht als Wohltätigkeitsanstalten anzusehen sind, so ist die Frage offen, welche Anstalten eigentlich in der Regierungsverordnung gemeint sein können.

Nun erhielten der Reihe nach bereits die meisten nordmährischen Krankenanstalten auf ihr Einschreiten um Einbeziehung in die öffentliche Mahlversorgung eine Abweisung. So erhielt z. B. das Krankenhaus von Neutitschein den Bescheid, daß nur gemeinnützige Wohltätigkeitsanstalten, jedoch ausschließlich jener, welche vom Staate, Lande, Gemeinde erhalten werden, Berücksichtigung finden können, somit ist die hierortige Krankenanstalt nicht zu diesen Wohltätigkeitsanstalten zu rechnen, nachdem die Ausgaben des Krankenhauses vom Lande bezw. Gemeinde gedeckt werden.

Wenn dieser Bescheid sollte in Folge eines Ministerialerlasses herausgegeben sein, daß ihn also alle Krankenanstalten zu gewärtigen haben, so bedeutet das eine ungemeine Erhöhung der Ausgaben. Die Schönberger Krankenanstalt berechnet die Mehrausgaben für Mehl, Kartoffeln, Kraut, das heute sehr teuer ist, auf einen Betrag, welcher 100.000 K übersteigt. Das würde eine Steigerung der Verpflegstage um mindestens 2 K für Kopf und Tag in der 3. Klasse bedingen. Rechnet man noch die allgemeine Preiserhöhung aller andern Bedarfsartikel, so wird die Verpflegstage bald so unerschwinglich hoch sein, daß die Wohltat der Krankenhausbearbeitung nur sehr bemittelte Leute werden genießen können.

Es sind Schritte unternommen worden, um durch ein gemeinsames Auftreten der Krankenanstalten der Regierung alle diese Umstände vor Augen zu führen. Ob sie Erfolg haben werden, ist auch bei der neuen Regierung sehr ungewiß. Das gehört mit zu den Segnungen des freien Handels, der uns jetzt eine so fühlbare Erhöhung der Kartoffelpreise gebracht hat. Es wird hier 180 bis 200 K, ja sogar 220 K für den Doppelpentner Kartoffeln verlangt, ein Wunder, dessen Konsequenzen für unsere Arbeiterschaft, deren Hauptnahrungsmittel seit jeher Kartoffeln gebildet haben, nicht auszudenken sind. Dabei fürchtet man, daß nicht einmal für diesen Wucherpreis genügend Kartoffeln zu haben sein werden. Und man hört nichts davon, daß die Regierung auch nur die geringste Anstrengung zur Beeinflussung des Kartoffelpreises und zur Einfuhr von Kartoffeln getroffen hätte.

Tages-Neuigkeiten.

Seine Majestät Kaiser Franz Josef I. ist am 21. November 1916 im Schlosse Schönbrunn gestorben. Aus der Reihe der österreichischen Monarchen schied ein Herrscher von der großen geschichtlichen Bedeutung, dem es vergönnt war, sieben Jahrzehnte unser Reich in einer Zeit großer Begebenheiten zu regieren, die ihresgleichen in der Weltgeschichte nicht haben. Die Frucht dieser Zeit ist der große Aufschwung des Staates und die Entwicklung unserer Nation, welche uns für immer zu dankbarem Gedenken des verstorbenen Monarchen verpflichtet. — Der Zensor und unsere übrigen Leser werden sich verwundert fragen, warum wir ein altösterreichisches Lesebuch oder die „Neue Freie Presse“ zitieren. Wir wollen sie aufklären. Obiges Zitat stammt aus einem Nachruf, den das offizielle Organ der tschechischen Soloten, „Solot“, im 12. Heft des Jahrganges 1916, gewidmet hat. Wie wundervoll haben doch die Staatsgründer und -erhalter von heute dem alten Staat und dem großen Herrscher ihre Treue dokumentiert! Nun mühten sie es eigentlich bedauern, daß der große Aufschwung, die Entwicklung ihrer Nation durch die Revolution ein Ende fanden.

Die russischen Monarchisten unterhalten sich. Prag ist bekanntlich ein Sammelpunkt der russischen Monarchisten und sie haben im „Ruski Dom“ (Palace Hotel) ihr Heim aufgeschlagen. Hier warten sie auf die mögliche Wiederkehr der schönen Zeit der Wiederaufrichtung ihrer Herrschaft in Rußland, da sie wieder die Feitschen über die ihnen leibigen Bauern und Arbeiter schwingen können. Da nun die Zeit bis dahin ein wenig lang wird, so vergnügen sie sich vorläufig damit, daß sie in ihrem Mhl ein — russisches Kabarett eröffnen haben. Dort geht es, wie die Zeitungen berichten, so zu: „Publikum und Darsteller sind von einander durch das Profanum nicht geschieden, sondern sitzen und lachen miteinander, nebeneinander und durcheinander. Das überaus reichhaltige, 20 Nummern umfassende Programm trägt durchwegs russisch-orientalischen Charakter. Mollischanowsky, Conferencier im Bierkloster, sorgt unentwegt für Heiterkeit. Karemin, Bajazzo im Fraß, die reizende Alexandrowa im Sojarentanz stimmend, in „Buridans Efel“ grazios verführerisch, im russischen Nationalanzug mit Schalw derbdrollig. Und Popowal, „Solombine“, appetitliches „Seubündel“ für Buridans Efel, und nicht bloß Verführung für diesen, sondern auch für den scheinheiligen Mäher in dem aparten Tanzstück von Ljubizet, das in Rußland seinerzeit über 300 En suite-Aufführungen erlebte. Petrova tanzt den Coppelia-Walzer feurig, auf „überirdischen“ Fußspitzen, appetitliches „Seubündel“ für Buridans Efel, und nicht bloß Verführung für diesen, sondern auch für den scheinheiligen Mäher in dem aparten Tanzstück von Ljubizet, das in Rußland seinerzeit über 300 En suite-Aufführungen erlebte. Petrova tanzt den Coppelia-Walzer feurig, auf „überirdischen“ Fußspitzen, die humorprühende Beor, der originelle Komiker, Regisseur und Tanzjäger Delickij erfüllen das Programm mit Humor, das Publikum mit Stimmung. Neben den erwähnten Nummern verdienen noch das „Schwarzze“ Schattenbild vom russischen Exil... die brillante Sängerin schlichter russischer Volkslieder rühmende Erwähnung. Das Essen ist gut, der Wein vorzüglich, man lacht, hört Musik, sieht Tanz, lacht immer wieder — mehr sucht man nicht im Theater-Kabarett. — Den verbannten Herrschaften geht es also nicht schlecht. „Das Essen ist gut, der Wein vorzüglich, man lacht, hört Musik,

Ludwig Anzengruber in seiner Zeit.

Von Wilhelm Bolin (Helsingfors).

Vorbemerkung. Mit den nachfolgenden Zeilen begleitet Ludwig Anzengrubers bester Freund Wilhelm Bolin das eben erschienene Buch Alfred Kleinbergs „Ludwig Anzengruber“ (Zürich, 1921, J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachf.; 48 M., geb. 60 M.) in die Welt. Die Freundschaft zwischen dem Dichter und dem Universitätsprofessor und Bibliothekar Bolin in Helsingfors (geb. 1895) begann mit einem Briefe des Schweden vom 12. Oktober 1876 und wuchs sich zu einer echten Männerfreundschaft aus. Bolin verabschiedete, weil er seine literarischen Wünsche und Ziele durch Anzengruber verwirklicht fand, den Drang eigenen Gestaltens und ordnete sich dem Größeren zu treuen Diensten unter, hier anspornend und Zweifel bänne, dort zartspinnig helfend, immer aber aus dem feinsten Verständnis heraus für die Seele des anderen. Ein Mäzen nicht mit erblichen Schätzen, sondern mit dem Ertrag eigener mühsamer Arbeit, ermöglichte er ganz in der Stille die Wiedergeburt des „Schandflecks“, indem er durch eine anonyme Spende dem Dichter die Muße schuf, deren er bedurfte, um seinen ersten großen Roman künstlerisch neuzugestalten. Anzengruber enthielt ihm zum Dank für all die Liebe sein Herz wie niemandem sonst und zeigte ihm rückhaltlos die Wundmale, die er von der Gleichgültigkeit und dem Fortschrittshoch der Zeit im Fleische trug. Dieser starke Unterton u. Vertrauens, etwas zwinzgend Bedürfnishaftes der Aussprache hebt die Briefe Anzengrubers nach Helsingfors

abends über seine anderen Schreiben, sodas sie zusammen eine große Leichte des Altersden als Mensch und Dichter bilden und uns eine ungefähre Vorstellung davon geben, welche Lasten sich Anzengruber während der sieben Leuchte Bolins in Wien von der Seele gesprochen haben mag.

Die Arbeiterschaft darf Anzengruber aus vielen Gründen bauernd im Gedächtnis behalten. Der Dichter des „Pfarrers von Archfeld“, des „Meineidbauers“ und der „Kreuzschreiber“ hat in Ernst und Spott alles Jolentum, allen Uberglauben blutig bekämpft. Der Verfasser zweier heute verdienstlicher Dramen, „Glacchenschuh“ und „Schurzfell“ und „Ein Frausischlag“, hat die Not und Sorgen des Proletariats früh mitfühlend begriffen. In seiner Zeitschrift „Figaro“ und in vielen Aphorismen hat er die sozialen Kämpfe verständnisvoll begleitet und mit seinem ganzen traurigen, arbeitreichen Dasein liefert er das erschütternde Beispiel eines dem Geistesproletariat erwachsenen Geldlebens.

Durch meinen Lebensberuf dem kulturbegünstigten hohen Norden angehörend, obwohl in gehöriger Ferne vom bildungstregeren Kontinent, habe ich Reisen dorthin unternommen können, die mich mit einigen der bedeutendsten Geistesgrößen unter meinen auswärtigen Zeitgenossen in persönliche Verührung brachten. So wurde mir auch bei einer im Frühling 1878 ermöglichten Urlaubsreise ein mehrwöchentlicher Aufenthalt in Wien vergönnt, der mich in unmittelbarem Verkehr mit Ludwig Anzengruber brachte, nachdem ich zuvor brieflich seine Zustimmung dazu mir ausgenutzt. Die damals angeknüpften Beziehungen, zu einem regen Briefwechsel führend, wurden

durch zeitweiliges Zusammensein, wenn meine Ferien es zuließen, weiter befestigt und schenken mir seine Freundschaft, die bis zum Ableben des Dichters fortbauerte. Ihn als solchen zu würdigen, war ich meist auf das Lesen seiner Schöpfungen angewiesen. Sie auch von der Bühne, wo sie ihre überlegene Lebendigkeit entwickeln, zu genießen, konnte nur ausnahmsweise statthaben. In allererst sah ich den „Meineidbauer“ sinnlich in Helsingfors mit einer vortrefflichen Broni, einem recht braven Jakob, die übrigen erträglich. Zweimal sah ich die „Kreuzschreiber“ deutsch. In allererst bei einer Sonntagsvorstellung in Berlin, einige Jahre später in Wien von einer Wandertruppe während des Sommers: volle Herrschaft über das Mundartliche, aber dazu ein künstlerisch durchaus ungenügendes Spiel. In Wien selbst, sogar zu Anzengrubers Lebzeiten, wohnte ich eine ganz stüblichen Auführung vom „Pfarrer“ am Wiedener Theater bei. Nur ein einziges Mal im Spätfrühling 1901 ward mir der Genus einer Anzengrubervorstellung, wie sie sein soll, und noch dazu am Wiener Volkstheater: „G'wissensturm“ mit L. Martinelli als Grillhofer, alle Mitspielenden ebenfalls vortrefflich. Mir war für Anzengrubers Bühnenschöpfungen das Glück der Aufführung so wenig günstig, wie es ihm selbst im Ganzen nur spärlich zugemessen war.

Schon im Sommer nach Anzengrubers Hinscheiden trat ich in Verbindung mit seinem nachmaligen vielfach verdienten Biographen Dr. Anton Bettelheim. Seine hieher ge-

hörenden Publikationen brachten mich in größere geistige Nähe zu dem mir für immer entrissenen Freunde, dessen einnehmende Persönlichkeit in der zu Anfang des laufenden Jahrhunderts von Dr. Bettelheim herausgegebenen und übersichtlich geordneten Sammlung seiner Briefe mit überwältigender Lebendigkeit auf den Leser wirkt. Diese zweibändige Publikation des um Anzengrubers Andenken eifrig bemühten ersten Biographen erzählte einem jüngeren österreichischen Literaturhistoriker, Alfred Kleinberg, von meinen Beziehungen zu Anzengruber und er wußte mich deshalb im Frühling 1920 an meinem entlegenen Wohnort brieflich zu finden. Sein Buch, „Ludwig Anzengruber, ein Lebensbild“, das ich schon in der Handschrift kennen gelernt habe, gibt mir den Anlaß zu nachfolgendem Bericht:

Die Frucht einer mehrjährigen Vertrautheit mit Anzengrubers Schriften, empfiehlt sich das Werk als eine überaus geschickte Zusammenstellung aller auf ihn bezüglichen wichtigen Einzelheiten zu einem ebenso farbenreichen wie ansprechenden Lebensbilde. Eröffnet wird es mit einem für das richtige Verständnis von Anzengrubers Bedeutung überaus lehrreichen, seiner ganzen Lebensdauer (1839—89) entsprechenden Ueberblick der politischen Zustände in Oesterreich, wie sie sich aus dem letzten Jahrzehnt meternichischer Zwangsherrschaft zu einem entschiedenen Aufschwung und zu einer wesentlich neuen Lebensgestaltung emporhoben. Hierauf folgt ein Bericht von den Verhält-

tauzt, lacht immer wieder.“ Kurz, es ist wie ein Abglanz des einstigen Rußland, wie es ihnen erschien und dessen für sie so herrliche Zeit sie herbeisehnen.

Burgelbäume des tschechischen Nationalismus. Wie das „Prager Tagblatt“ mitteilt, hat das Unterrichtsministerium die Einführung eines tschechischen Sprachkurses für die Anfänger an der Deutschen Technischen Hochschule in Prag nicht bewilligt. Man muß einen Augenblick innehalten, um diese Maßnahme recht verstehen zu können. Wollen denn die Tschechen nicht alles tschechisieren, wollen sie nicht, daß jeder Bürger der Republik die „Staatsprache“ beherrscht? Natürlich wollen sie das und die im Dienste stehenden Beamten müssen doch bei Gefahr ihrer Existenz das Tschechische erlernen. Warum also nimmt man dem Nachwuchs der Ingenieure die Möglichkeit, sich schon die tschechische Sprache anzueignen, bevor sie noch ins Berufsleben treten? Es bleibt nur eine einzige Erklärung: man will nicht, daß künftighin Deutsche in den Kellern sitzen. Die heute darin sitzen, sollen tschechisch lernen, als werden und gehen. Der Nachwuchs aber soll nicht tschechisch lernen, damit man ihn auf Grund des Sprachengesetzes den Zutritt zu den Kellern unmöglich machen kann. Klar ist, daß unter dieser Politik einer Regierung, in der sich auch Sozialdemokraten befinden, in erster Linie wieder die proletarischen Studenten leiden. Der demittelte Student kann ja Privatstunden im Tschechischen nehmen und sich so die Eignung für ein staatliches Amt erwerben. Der arme Hochschüler aber kann höchstens unter Aufgebote aller Kräfte neben seinem Studium und den Nachhilfsstunden, die er erteilen muß, um seine Existenz zu fristen, noch unter Schwierigkeiten sich selbst die Staatsprache beibringen. In diesem Falle aber ist natürlich der tschechischen Regierung die Frage, ob proletarisch oder nichtproletarisch gleichgültig — hier handelt es sich ihr lediglich um einen Akt der Gerechtigkeit gegen alle Deutsche dieses Staates.

Wien — Sitz des Völkerbundes? Wie die „Neue Freie Presse“ erfährt, wird am 12. d. eine von 2 engeren Delegationen, einer französischen und einer englischen, gebildeten Völkerbundsdelegation in Wien eintreffen, die englische unter Führung Lord Robert Cecil. Mit dieser Reise der Völkerbundsdelegation nach Wien soll die Möglichkeit der Wahl Wiens als Völkerbundssitz zusammenhängen. Die Delegation soll die Verhältnisse und die Möglichkeit der Ueberführung des Völkerbundes nach Wien prüfen. Die Delegierten kommen nicht in ihrer offiziellen Eigenschaft als Mitglieder des Völkerbundsrates, sondern als Mitglieder der nationalen Völkerbundsvereine, die den Zweck verfolgen, die Völkerbunds-Idee in allen Ländern der Erde zu verbreiten. Am 13. wird die neue Tagung der Völkerbundsdelegation in Wien beginnen und bei den Beratungen dieser Eigen wird auch der Plan ihrer Ueberführung des Völkerbundes nach Wien zur Sprache kommen.

Die jugoslawischen Kommunisten **Milic und Markovic** in Wien verhaftet. Wie das Tschechische Pressbüro meldet, wurden Dienstag in Wien die jugoslawischen Kommunisten **Milic und Sina Markovic** verhaftet und bei ihnen 100 Millionen österreichische Kronen in fremden Werten beschlagnahmt. Die Verhafteten wohnen unangemeldet in einem Hause des 19. Bezirkes. Die Polizei ist der Ansicht, daß diese Wohnung überhaupt als Absteigequartier für die nach Wien kommenden kommunistischen Kuriers bestimmt war. **Milic** stammt

aus Belgrad, wo er Kaufmann war. Während des Krieges lebte er in der Schweiz, von wo er wegen Verletzung der Neutralität ausgewiesen wurde. Hierauf lebte er in Oesterreich, wo er sich der kommunistischen Partei anschloß. Sina Markovic war der Führer des radikalen Flügels der jugoslawischen Kommunisten und Abgeordneter. Im vergangenen Jahre unterhielt er Beziehungen mit dem Führer der Bauernpartei **Radic**.

Die gewaltsame Beschlagnahme des **Landeskroner Kindergartens**. Gestern vormittags erschien im Unterrichtsministerium unter Führung der Abgeordneten **Genossin Deutsch** und **Prof. Spinas** die Vertreter der Stadt **Landkron**, **Bürgermeister Winter** und **Genosse Koller**, um gegen die geschwundene, gewaltsame Räumung des Kindergartens in **Landkron** den schärfsten Protest zu erheben und die sofortige Freigabe der beschlagnahmten Räume zu fordern. Der Vertreter des Schulministeriums erklärte sich unter der Bedingung zur Freigabe der Räume bereit, daß die Stadt **Landkron** ein anderes Gebäude namhaft machen könnte, welches für die Unterbringung der tschechischen Bürgerschule geeignet wäre. Da das Schulministerium sich auch bereit erklärte, für die Adaptierung geeigneter Privaträume Sorge zu tragen, ist Hoffnung vorhanden, daß die Frage befriedigend gelöst wird, da in dem **Lichtensteinschloß** und in zwei Villen genügend unbewohnte Räume vorhanden sind. **Genosse Koller** setzte sich ferner sehr dafür ein, daß das eine der geräumten Zimmer, das nicht für Unterrichtszwecke beschlagnahmt wurde, sondern als Kanzlei dem tschechischen Schulleiter dienen soll, unvorzüglich wieder den Zwecken des Kindergartens zugeführt werde, damit wenigstens die kleinsten und hilflosesten Kinder, deren Mütter tagsüber in der **Tabakfabrik** arbeiten und keine Aussicht führen können, versorgt wären. Das Unterrichtsministerium versprach sofort eine Kommission unter Beziehung eines Vertreters des Ministeriums für soziale Fürsorge, zur Besichtigung geeigneter Räume nach **Landkron** zu entsenden, um die endgültige Schließung des Kindergartens zu verhindern und womöglich den einen Raum in der alten **Welschschule** sofort frei zu geben, falls er wirklich nur Kanzleizwecken dienen sollte. Wir hoffen, daß eine befriedigende Lösung ehestens herbeigeführt werde. Die **Landkroner Arbeiterschaft** ist über die verübte Gewalttat gegen die ärmsten und schuldlosesten Opfer der bürgerlichen Gesellschaft, gegen die Arbeiterkinder, aufs Höchste erbittert, die man jetzt vor dem Winter der Verwahrlosung überlassen will.

Der Springbrunnen. Wollte uns die Regierung eine kleine Aufmerksamkeit erweisen? Es ist ja in der Tat sehr gart, womit sie uns beschenken will: mit Goldfischen. Wir haben sie wohl noch nicht, aber wir werden sie sicherlich bekommen. **Springbrunnen** und **Goldfische** haben an sich eigentlich recht wenig mit Aufmerksamkeit zu tun, aber nichtsoweniger wird jetzt just vor unserem Klubsekretariat im Parlament ein kleiner **Springbrunnen** gebaut. Er paßt eigentlich gar nicht in den schmalen Gang, er paßt so wenig ins Parlament, wie der **Bater Scramel** ins Eisenbahnministerium, aber was wird nicht alles in diesem Staate zur Verschönerung und Erheiterung des Lebens seiner Bürger getan! Vielleicht erweist uns die hohe Regierung noch andere zarte Aufmerksamkeiten, zum Beispiel die **Invalidenversicherung**, **Sozialisierung des Grund und Bodens**, **Trennung des Staates von der Kirche**, nationale Autonomie. Doch wie kleinlich, wie unbe-

Aber dieses wohlverdiente Glück war nur von kurzer Dauer. Neue Erschwernisse traten hinzu. Die vortreffliche Mutter wurde von einem schweren Leiden ergriffen, das sie für längere Zeit aus Siedebett fesselte, bis sie der Tod davon erlöste. Neberdies hatte **Angengruber** unmittelbar vor dieser Erkrankung die Unvorsichtigkeit begangen, flüchtiger Verliebtheit nachgehend, eine für ihn durchaus ungeeignete Ehe einzugehen, die ihn in seinem Berufe wie in seinem geistigen Streben auf keinerlei Weise förderte. Das Buch richtet von da ab sein Hauptaugenmerk auf die Probleme im Kulturleben, denen der Dichter eine besondere Beachtung zugewandt. Vornehmlich betrifft dies die Frage der **Religion**, die der Dichter mit größter Unbefangenheit in ländlichen Tragödien und Komödien wahrhaft künstlerisch gestaltet, veranschaulicht. Als es galt, diese der Neugestaltung von Oesterreichs Geistesleben geltenden Stücke auf die Bühne zu bringen, standen ihnen die unheilvollsten Hindernisse seitens der Theaterzensur, dem ja fortlebenden Ueberbleibsel aus dem dahinschwindenden ehemaligen Oesterreich. Was er als Bühnendichter geschaffen, wäre von dieser Staatseinstellung getilgt worden, wenn nicht die inwischen durchgesetzte Freiheit für das gedruckte Wort seinen Leistungen einen dauernden Fortbestand versichert hätte.

In einem sehr eingehend verfahrenenden Kapitel enthält das Buch sorgfältig ausgearbeitete Analysen der dem **religiösen** Problem gewidmeten Dramen. Die in diesen Stücken vorgeführten Charaktere sind von einer padenden

scheiden wir sind! Nun haben wir einen **Parlamentsspringbrunnen** mit **Alubgoldfischen** — und noch sind wir nicht zufrieden.“

Sonderrecht gegen die proletarischen Studenten. Vor Kurzem wurde an den Hochschulen das Kollegiengeld von 2 K 10 h auf 8 K für die Wochenstunde erhöht. Wir sind zwar grundsätzlich Gegner der Besteuerung des Unterrichts, wissen aber, daß innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung die vollständige Abschaffung des Schulgeldes ausgeschlossen ist. Wir haben deshalb keinen Anlaß, eine Erhöhung des Kollegiengeldes für demittelte Studenten abzulehnen, wenn wir auch mit der Form, in der jetzt die neue Regelung beschlossen wurde, nicht einverstanden sind. Denn die Erhöhung der Kollegienelder erfolgte durch Regierungsverordnung, ohne daß man die Betroffenen befragte oder das Parlament hätte entscheiden lassen. Wogegen wir uns aber energisch wenden, ist, daß durch die Erhöhung des Kollegiengeldes die Lebenshaltung des proletarischen Studenten noch verschlechtert wird. Wir fordern, daß der mittellose Student von der Entrichtung des Kollegiengeldes befreit werde. Dies ist aber nach den bestehenden Vorschriften von der Ablegung einiger Kolloquien (Zeisprüfungen) abhängig, die am Ende jedes Halbjahres abgelegt werden sollen. Während also die demittelten Studenten von diesen Prüfungen befreit sind, müssen die proletarischen Studenten, die ohnehin einen großen Teil ihrer Zeit mit Stundengeben verbringen müssen, um sich ihren Unterhalt zu verschaffen und die oft gar nicht in der Universitätsstadt leben können, mit diesen Prüfungen und der Vorbereitung dazu noch mehr Zeit aufwenden. Wenn die maßgebenden Kreise der Meinung sind, daß die Kolloquien eine Notwendigkeit sind, so muß dies für alle Studenten gelten und den mittellosen Studenten darf daraus, daß sie unter Umständen eine solche Prüfung nicht machen, kein materieller Schaden erwachsen.

Für die Trennung von Schule und Kirche. Der Lehrerverein des Gerichtsbezirkes **Platten** hat, gezwungen durch die oft sehr niedrigen Angriffe der Feinde jedes Kulturfortschrittes auf dem Gebiete des Schulwesens, in eindeutiger Weise Stellung für die Trennung von Schule und Kirche genommen, und fordert alle Eltern und Schulfreunde, denen das Wohl der Schule und der Volksbildung am Herzen liegen, auf, den Verein in seinem Kampfe zu unterstützen.

Christliche Kommunisten. In Holland hat sich eine Partei christlicher Kommunisten gebildet, deren Gründer **L. Bruin** ist.

Sorgen der kapitalistischen Presse. Das „**Berliner Tageblatt**“ brachte Sonntag ein großes Feuilleton, das sich von der ersten bis zur letzten Zeile mit nichts anderem beschäftigt als mit den Toiletten, die eine bekannte deutsche Künstlerin auf ihre Reise nach Amerika mitnimmt. Wir wollen unsere Leser nicht mit Einzelheiten aus dieser „ideenreichen Kleiderverfammlung“ langweilen. Wir wollen den Arbeitern und Arbeiterinnen, die mit Mühe und Not den Aufwand für ihre ärmliche Kleidung bestreiten, nicht aufzählen, was für Kleider, Kostüme, Mäntel und Hüte den Feuilletonschreiber zu so grenzenloser Bewunderung hinrissen. Aber eine Stelle aus dem Feuilleton wollen wir doch wiedergeben, um zu zeigen, welche Sorgen die kapitalistische Presse hat. Es heißt dort: „Da ein amerikanisches Geseß verbietet, daß für die Garnitur der Hüte Reicher verwendet werden, so war man gezwungen, eine Art pikanten Ersatz zu suchen.

Lebendigkeit, wie man sie nur in den Meisterwerken der Weltliteratur findet. Gebührende Beachtung ward nur den allerersten bei ihrem Erscheinen auf der Bühne, ohne daß irgend eines von ihnen, obwohl dem Erstling künstlerisch weit überlegen, zum gleichen Erfolg mit ihm gelangte. Sehr bald wurden sie durch faulesten Unterhaltungsakt verdrängt, wodurch der Theaterkassa für eine Reihe von Wochen reichliche Einkünfte zufließen. Hierauf versuchte **Angengruber** das Interesse der Theaterbesucher mittels Behandlung des **Cheproblems** zu fesseln. Von seinen hierher gehörenden Dramen, zumeist in Kreisen der Großstadt spielend, eines sogar zu Aufführungen an der Burg bestellt und dort auch gespielt, brachte es keines zum erhofften Erfolg. Ver sagt blieb er ihm auch bei einem Ehestands drama in ländlichem Gewande, aber hochdeutsch ausgeführt, welches er der Burg zuge dacht. Dort konnte es schon des gegen katholische Satzung gerichteten Inhalts wegen nicht angenommen werden. Eine die Ehekonflikte betreffende Jambentragödie höchstem Stils gelangte nicht über den ersten Akt. Keinem der hochdeutsch verfassten Dramen dürfte dieselbe Anerkennung bei einer gerechteren Nachselbst zuteil werden wie den mundartlich ausgeführten, mit denen **Angengruber** die deutsche Bühnenkunst wahrhaft bereichert hat, weil in ihnen seine dichterische Kraft zu voller Geltung gelangt, während er bei der Anwendung des Hochdeutschen für die Bühnenergebnisse meist schwerfällig oder bloß theatralisch wird oder herkömmlichem Verfahren folgt. (Schluß folgt).

Man tauchte in die Tiefe des Meeres hinab, um dort die kleinen, feinen, schillernden Muscheln zu holen, die nun zum erstenmal ihren Daseinszweck erfüllen: auf dem Gut einer eleganten Frau zu schillern oder für ihre großen Dabilles ein lustiges Ornament abzugeben.“ — Man kann die Sache übrigens auch noch ernstier auffassen. Ist es nicht ein Hohn auf diese „Ordnung“, in der Taucher ihr lebensgefährliches Geschäft verrichten müssen — damit eine elegante Frau auf einem ihrer zwanzig Hüte Muscheln hat?

Erneuerung von Pachtverträgen. Nach dem Geseße vom 12. August 1921, **Slg. Nr. 312**, können die Pächter landwirtschaftlichen Bodens, bei denen der Pachtvertrag in der zweiten Hälfte des Jahres 1921 endigt, eine Verlängerung des Pachtens auf 3 Jahre fordern, wenn sie dies bis zum 30. September 1921 dem Verpächter schriftlich anzeigen. Die Verlautbarung dieses Geseßes ist am 6. September 1921 erfolgt. Die Verfertigung des betreffenden Stückes der Sammlung der Geseße und Verordnungen soll am 12. und 13. September 1921 geschehen sein. Tatsächlich ist weder die tschechische noch die deutsche Ausgabe des betreffenden Stückes der Geseßesammlung den Gemeinden bisher zugekommen. Es ist daher nicht anzunehmen, daß die Pächter von der Pachtverlängerung Gebrauch machen konnten. Aus diesem Grunde wird der Anmeldestermin im Wege der Geseßgebung verlängert werden müssen.

Die Ausgabe des „Sozialdemokrat“ vom Mittwoch konnte wegen eines Schadens an der Rotationsmaschine an unsere auswärtigen Abnehmer nicht rechtzeitig abgesendet werden. Unsere Abnehmer mögen diese Verspätung, an der unsere Expedition keine Schuld trifft, entschuldigen.

Sozialpolitische Geseße. Die Nummern 20 und 21 des oben erwähnten „Prager Archivs“ enthalten folgende Geseßestexte: Betriebskassenschüsse, Pensionsversicherung (Geseß und Erläuterungen), Unfallversicherung der Arbeiter (Geseß und Erläuterungen), Arbeitslosenunterstützung, Staatsbeitrag bei Arbeitslosenunterstützung, Geseß gegen den Terror (mit Bemerkungen), Teilnahme der beim Bergbau Beschäftigten an der Erubenverwaltung und Beteiligung am Reingewinne, Krankenversicherung der Heimarbeiter und der in land- und forstwirtschaftlichen Unternehmungen Beschäftigten (Erlaß des Min. für soz. Fürsorge), Regelung der Kohlenbewirtschaftung, Rechtsprechung (Nr. 20). — Regelung der Finanzwirtschaft der Gemeinden, Zuweisung des Ertrages von Staatssteuern an die Selbstverwaltungsverbände, Benennung von Städten, Gemeinden, Gassen und dgl., Systematische Elektrifizierung, Anforderung von Gebäuden für öffentliche Zwecke (Geseß mit erläuternden Bemerkungen), Erneuerung landwirtschaftlicher Kleinpächten, Die Wasserkraftsteuer, Rechtsprechung zum Niedererwerb (zusammengestellt von Dr. **Alex. Jever**), Erläuterungen zum Geseße über die Regelung der Finanzwirtschaft der Gemeinden (von Dr. **Paul Rind**), Inhalt der amtlichen „Sammlung der Geseße und Verordnungen“. (Nr. 21.)

Die Gastwirte gegen den Antrag Hollischer. Auf der **Schäpelininsel** veranstaltete gestern die Zentralgenossenschaft der tschechoslowakischen Gastwirte „**Sostimil**“ und der **Gastwirtverband** um 2 Uhr nachmittags eine Protestversammlung gegen den Antrag des Abgeordneten **Genossen Dr. Hollischer**, betreffend das Verbot der Verabreichung alkoholischer Getränke an jugendliche Personen. Die Versammlung dauerte vier Stunden. Es ist selbstverständlich, daß die Alkoholverschleifer niemals ihre Zustimmung zum Antrage des **Genossen Hollischer** geben werden, der die Jugendlichen vor dem Alkoholgift schützen will.

Arbeiterrisiko. Gestern um 1/8 Uhr früh fiel beim Bane der Familienhäuser der Baugenossenschaft „**Domob**“ der 21jährige Maurer **Adalbert Sedlaczek** aus **Smidow** von einem 1 1/2 hohen Baugerüst herab. Er fiel mit dem Kopf auf die Erde auf und wurde im bewußtlosen Zustande in das **Weinberger Krankenhaus** überführt.

Selbstmordversuch mit Infelenpulver. Gestern nachmittags nahm die **Sattlerstgattin Marie Fadovet** in **Rudie** in selbstmörderischer Absicht eine größere Menge **Infelenpulver** zu sich. Sie wurde in das allgemeine Krankenhaus überführt. Das Motiv der Tat sind häusliche Zwistigkeiten.

Explosion einer Petroleumlampe. Der **Fuhrmann Josef Pokorny** füllte gestern Abend in seiner Wohnung in **Karolinenthal** eine brennende Lampe mit Petroleum an, wobei diese explodierte. Das Feuer ergriff die an der Wand aufgehängten Kleider. Die herbeigerufene Feuerwehr verhinderte eine Ausbreitung des Brandes. **Pokorny** erlitt am Kopfe und an den Händen stärkere Brandwunden und mußte ins allgemeine Krankenhaus überführt werden.

Kleine Chronik.

Bombenanschlag gegen das Kriegerdenkmal in **Meh. Berlin**, 5. Oktober. Der „**Sofalangeiger**“ meldet aus **Meh.**, daß gegen das Kriegerdenkmal am **Ringplatz** gestern ein Bombenanschlag verübt wurde, durch welchen der **Krieger vom Denkmal** heruntergeschleubert wurde. Durch die Explosion wurden am **Ring** in fast allen Häusern die **Schreiben** eingebrückt.

Grippe-Epidemie unter Katzen. Aus **Rougemont (Schweiz)** wird gemeldet: In der hiesigen Gegend ist letzten Sommer eine Anzahl Katzen auf unerklärliche Weise zugrunde gegangen. Ein hiesiger Bürger sandte daher den **Kadaver** an die **Tierarzneischule Bern**, wo als Todesursache des Tieres eine Lungenentzündung festgestellt wurde. Es liegt daher die Vermutung nahe, daß die Katzen der hiesigen Gegend von einer **Art Grippe-Epidemie** heimgesucht worden sind.